4) Die Eigenthumsrechte der Apotheker an der Officin ;

von

Dr. Karl Ernst Schmid,Herzogl. Sachs. - Altenb. Geh. - Rathe, Ordinar. der Juristen - Facultät
und Ober - Appellationsrathe zu Jena.

Nicht leicht haben Maassregeln eines Staats über einen zwar zum Theil in das öffentliche Recht gehörigen, aber auch in das Privatrecht sehr bedeutend eingreifenden Gegenstand bei Denen, welche zunächst davon betroffen werden, eine so grosse Beunruhigung hervorgebracht, und diese durch ihre unmittelbaren Folgen so sehr gerechtfertigt, als diejenigen, welche in Beziehung auf die Rechte der Apotheker an ihren Officinen und die Uebertragung derselben von dem königl. preussischen Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten im Princip schon während der Verwaltung des Herrn Ministers von Altenstein begonnen, aber in wirklicher Ausführung erst seit dem Jahre 1840 in bei weitem grösserer Ausdehnung und zu grösserem Nachtheil der Apothekeninhaber fortgesetzt wurden, und durch die Verfügung vom 13. August 1843 ihren Höhepunct erreichten.

Diese Maassregeln waren und sind zwar zunächst nur gegen die Apothekeninhaber gerichtet, welche bloss mit einer für ihre Person erlangten Berechtigung zu ihrem Geschäft versehen sind, die sogenannten concessionirten Apotheker, und diejenigen, welche ein Realprivilegium besitzen, haben jetzt sogar den Vortheil davon gehabt, dass ihre vererblichen und verkäuflichen Apotheken weit mehr gesucht und folglich auch viel theurer bezahlt worden sind, als vorher. Aber auch der Kurzsichtigste kann sich nicht verbergen, dass die Sorge, welche jene Maassregeln bei den unglücklichen Concessionirten erregen, doch eigentlich den ganzen Stand angeht, und die Realisten gar keine Ursache haben, sich der jetzigen Vortheile sehr zu erfreuen. Denn nicht allein treffen jene Maassregeln in den Provinzen, wo die finanziellen Einrichtungen Frankreichs einige Zeit gegolten

haben, unmittelbar sämmtliche Apothekeninhaber, sondern dieselben gehen auch aus einem Grundsatz hervor, welcher in seiner weitem Entwicklung noch weiter geht, als die jetzige Anwendung und welcher, wenn er folgerichtig durchgeführt werden sollte, auch die Realprivilegien der Apotheken, ja noch viel mehreres und grösseres mit hinwegreissen würde.

Wie gross und allgemein nun die Beunruhigung ist, welche nicht sowohl durch die wirklichen königl. Verordnungen, insbesondere die vom 8. März 1842, als vielmehr durch die Zusätze und Modificationen des hohen Staatsministeriums, in der Verfügung vom 13. August 1842 und vom 11. Januar 1844 entstanden ist, lässt sich aus den zahlreichen Klagen der Apotheken-Besitzer deutlich erkennen, welche seitdem über diese Angelegenheit theils in dem Archiv der Pharmacie, herausgegeben von den Herren Wackenroder und Bley, theils auch in einzelnen kleinen Schriften laut geworden sind. Vieles ist darin allerdings von einem einseitigen und mitunter localen Standpunkte aufgefasst, allein im Ganzen liefern doch diese Schriften ein reichhaltiges Material zu vollständiger Aufklärung der Sache, und zu Erörterung der in dieser Angelegenheit so wichtigen rechtlichen Fragen. Zwar haben sich einige dieser Schriften auch über diese rechtliche Seite verbreitet*); da sie

*) Mit Auszeichnung verdienen genannt zu werden:

Die rheinpreussischen Apotheker vor den Juristen. Mannheim 1844. 54 S. 8. (v. Duden.)

Collectiv-Recension mehrerer Schriften über die Apothekerfrage mit rechtlichen Bedeutungen von dem Justizrathe Dr. Sommer. (Aus dem N. Archiv f. Preuss. Recht und Verfahren abgedruckt.) Arnsberg 1844.

Ueber das Verfahren bei Erledigung von Apotheker-Concessionen v. Dr. C. F. Koch. Halle 1844, und

C. F. Koch, jetzt Fürstenthums-Gerichtsdirector zu Neisse: Ueber die Rechtsverhältnisse und das Eigenthum der concessio-nirten Apotheker in Preussen aus dem Gesichtspuncte des Rechts und des Gemeinwohls. (Aus der Berliner Medicin. Zeitg. 1844. Nr. 16, im Archiv f. Pharm. Bd. 38. S. 342.)

aber auch nur specielle Punkte beleuchtet oder nur kurze Sätze hingestellt haben: so habe ich mit Vergnügen der Aufforderung meines verehrten Freundes Herrn Hofrath Wackenroder's Folge geleistet, auch mein Scherflein zur Untersuchung von Fragen beizutragen, welche für das bürgerliche Wohl so vieler wackerer Männer von grosser Wichtigkeit sind, und in ihrer weitem Verfolgung überhaupt zu manchen andern für die gegenwärtige Zeit wichtigen Betrachtungen Veranlassung geben können.

I.

Die Privilegien für Diejenigen, welche zuerst pharmaceutische Officinen errichteten, mögen wohl meistens in ihrem Ursprung persönliche gewesen sein. Sie gründeten sich auf das Zutrauen zu den Kenntnissen und der Gewissenhaftigkeit der darum Nachsuchenden, und diess hing um so mehr von der Persönlichkeit derselben ab, als man Anfangs weder den Willen noch die Mittel zu einer strengen Aufsicht hatte, und die Erlaubniss, eine Apotheke anzulegen, häufig von Aerzten gesucht, und die ärztliche Praxis den Apothekern nur selten verwehrt wurde.

Allein sehr bald verwandelten sich diese persönlichen Geschäftsberechtigungen in reale, welche entweder mit einem Hause als ein dasselbe anklebendes Recht verbunden waren, oder auch unabhängig von einem Hause bestanden, und für sich ein selbstständiges reales Besitzthum ausmachten, welches nach Willkühr veräussert und auf Andere vererbt oder sonst übertragen, auch in jedem sonst schicklichen Hause ausgeübt werden konnte. Doch finden sich in dieser letzten Hinsicht schon früher an vielen Orten gewisse Beschränkungen, dass wegen der Feuergefährlichkeit der Apotheken dieselben nur in massiven Häusern, und an freien Plätzen, nicht in engen und winkligen Strassen angelegt werden dürfen. In manchen Städten bestand auch von alter Zeit die Einrichtung, dass

Gewerbe, die mit Feuer betrieben werden, nur in gewissen mit einem sogenannten Feuerrecht versehenen Häusern, die man ihrer Lage und Bauart nach dazu passend gefunden hatte, ausgeübt werden durften, und darunter wurden auch die Apotheken gerechnet. Wer also ein Apothekenprivilegium ohne ein dazu schon gehöriges Haus an sich brachte, musste dazu vor allen Dingen ein mit einem solchen Feuerrecht versehenes Haus erwerben.

Auch dieses trug dazu bei, die persönlichen Berechtigungen der Apotheker nach und nach in reale Gerechtigkeiten zu verwandeln. Auch jetzt noch wird es Schwierigkeiten haben, ein etwas bedeutendes pharmaceutisches Geschäft in einem bloss gemietheten Hause zu betreiben. Es sind dazu Einrichtungen nöthig, deren Kosten ganz verloren sind, so wie die Apotheke in ein anderes Haus verlegt werden muss, und auch sonst findet sich in einer Apotheke Vieles, was bei dem Fortbestand derselben seine volle Brauchbarkeit behält, bei Auflösung derselben aber fast ohne Werth ist. Aber die vorzüglichste Ursache der Verwandlung persönlicher Concessionen in Realprivilegien lag in demselben Umstande, welcher auch die Ausschliesslichkeit dieser Privilegien nach sich zog, nämlich darin, dass der gesicherte Fortbestand der gut ausgestatteten Officinen mehr noch durch das öffentliche Interesse, als durch das Privat-Interesse der Apotheker geboten ist. Man musste Demjenigen, welcher ein zu jeder Zeit nach ihren Verhältnissen ansehnliches Capital zu Anlage einer Apotheke aufwendete, nicht nur die Sicherheit gewähren, dass er in diesem Geschäft ein angemessenes Auskommen fände, sondern dass auch das darin steckende Vermögen, und der Werth des ganzen Unternehmens den Seinigen nicht entzogen oder doch geschmälert werden könne. Man musste also in der ersten Hinsicht versprechen, dass in dem der Apotheke angewiesenen Bezirke keine zweite zugestanden werden solle, und in der zweiten, dass auch die Erben des Apothekers oder diejenigen, welchen er in der Folge sein Recht abtreten werde, bei

dessen ungestörtem Besitz geschützt werden sollten. Auch ohne ausdrückliches Versprechen verstand sich beides, vorzüglich aber die Erbllichkeit und Veräusserlichkeit des Privilegiums in den meisten Fällen von selbst, und wurde von den Verleihenden im Verlauf der Zeit dadurch stillschweigend zugestanden, dass man auch bei persönlichen Concessionen Vererbungen, käufliche und andere Uebertragungen, und besonders auch Verpfändungen gestattete und obrigkeitlich bestätigte, ohne dabei die Erwerber oder Gläubiger auf die blossе Persönlichkeit der Berechtigung zu verweisen *).

Auf diese Weise waren die Apotheken wohl in allen deutschen Ländern sämmtlich mit sehr wenigen Ausnahmen zu Realrechten geworden, als die zunehmende Bevölkerung und Ausdehnung der Bezirke mancher Apotheken die Frage in Anregung brachte: in wiefern die Besitzer derselben der Anlegung neuer Apotheken zu widersprechen oder deshalb Entschädigung zu fordern berechtigt seien? Auf die erste Anlage haben in dieser Hinsicht mancherlei Zufälligkeiten eingewirkt; es war dabei mehr von dem Rechte der Verleihenden ausgegangen, als auf das wahre Bedürfniss der Einwohner Rücksicht genommen worden. So standen wohl in kleinern Städten neben einander eine landesherrliche (Hof- und Schloss-Apotheke) eine oder sogar mehrere städtische (Raths-Apotheken), Apotheken der Klöster, Hospitäler, Universitäten und anderer Stiftungen, während andere weit grössere

*) Wenn der Staat es einmal genehmigt, dass irgend ein Gegenstand, eine Berechtigung, als wahres Eigenthum behandelt und in den bürgerlichen Verkehr gebracht wird: so kann dem Erwerber das nämliche Recht an diesem Gegenstande ohne grosse Ungerechtigkeit nicht wieder entzogen werden, wenigstens nicht ohne angemessene Entschädigung. Es ist diess derselbe Grundsatz, nach welchem die Besitzer steuerfreier Güter, wenn die Steuerfreiheit von ihnen mit erkaufte worden ist, bei der Aufhebung derselben entschädigt worden sind. Ursprüngliche Fehler der Erwerbung können in einem solchen Falle in der Regel gegen den dritten Besitzer nicht mehr geltend gemacht werden.

Städte und Landbezirke nur von einer einzigen Officin versehen werden sollten. Wenn nun in diesem letzten Falle die Errichtung neuer Apotheken nothwendig wurde: so hielt der Besizer der bereits bestehenden sein exclusives Privilegium entgegen, gab aber dadurch die erste Veranlassung, dass man auf die Beschaffenheit seiner eigenen ursprünglichen Berechtigung zurückging und ihm nur dann Gehör gab, wenn sich diese als ein wirkliches und exclusives Realrecht auswies. Es wäre diess freilich nicht einmal nöthig gewesen und der Widerspruch hätte, wo er wirklich ungegründet war, leicht damit zurückgewiesen werden können, dass die Veränderungen, welche sich in den Umständen, von welchen der Umfang des Geschäfts und der Verkaufswerth einer Officin bedingt wird, ergeben hatten, genauer ausgemittelt worden wären. Denn es würde sich in den Fällen, wo die Anlegung einer neuen Apotheke wirklich nothwendig war, auch meistens gezeigt haben, dass durch neue Bewilligung die ältere, wenigstens seit der letzten Besitzveränderung, nichts an ihrem Ertrage und Verkaufswerthe verlor, und mehr konnte der Inhaber nicht verlangen.

Statt dessen half man sich aber sehr häufig damit, dass entweder die schon bestehende Apotheke auf ein blosses persönliches und nicht ausschliessliches Recht zurückgesetzt, oder der neuen Officin nur eine solche persönliche Concession ertheilt wurde, um doch der ältern einen gewissen Vorzug zu lassen, womit sich ihr Inhaber um so leichter zufrieden stellen liess, wenn er an dem Ertrage seines Geschäfts keine Abnahme bemerkte. Denn dabei kam nicht nur die immer zunehmende Bevölkerung, sondern auch die steigende Geneigtheit des Publicums, ärztliche Hülfe zu suchen, mit ins Spiel.

Aber seit jener Zeit ist bei einigen Staatsregierungen die Ansicht herrschend geworden, dass zu Betreibung des Apothekergeschäfts überhaupt nur persönliche Berechtigungen (Gewerbs-Concessionen) zu ertheilen seien, und dass die noch vorhandenen Realprivilegien zwar (vor der Hand) noch aufrecht gehalten, aber doch, wenn

sie aus irgend einem Grunde eingezogen werden, nicht wieder verliehen werden sollen. In Preussen erklärte der Minister von Altenstein schon in einem Rescript vom 27. Dec. 1818, dass nach dem Gesetze vom 7. Sept. 1811 zwar die älteren Realprivilegien der Apotheker ihre Exklusivität verloren hätten, sonst aber Realprivilegien geblieben seien; neue Concessionen aber nur als persönliche ertheilt werden könnten*), was in einem Ministerial-Rescript vom 27. März 1824 wiederholt wurde. In den österreichischen Staaten sind die Apotheker-Concessionen und Privilegien von dreifacher Art: 1) rein persönliche Gewerbs-Concessionen, welche mit dem Tode des Concessionirten erlöschen, jedoch mit dem Rechte der Wittve, das Gewerbe durch einen verpflichteten Provisor fortzuführen, und einem Vorzugsrechte der Kinder, welche sich qualificiren; 2) real-verkäufliche (einfach reale), welche nicht an ein Haus gebunden sind, aber schon vor 1775 einmal unter irgend einem Rechtstitel (Kauf, Schenkung, Erbschaft u. s. w.) aus einer Hand in die andere gegangen sind, und auch eben so wieder an Andere übertragen, auch verpfändet werden können; 3) radicirte Realrechte, welche ausdrücklich mit in der Hausgewähr begriffen sind und einen Theil des Hauses ausmachen. Sie können ohne Erlaubniss der Grundherrschaft und der Regierung von dem Hause nicht getrennt, mit demselben aber wie jedes andere Besitzthum an Andere übertragen werden. Neue Concessionen sollen aber immer nur als persönliche verliehen werden. In Illyrien sind durch ein Commissionsdecret von 2. Dec. 1814 alle reale Gewerbe für erloschen erklärt, in Böhmen sind alle neuere Apotheker-Concessionen seit dem Hofdecret vom 25. Mai 1820 bloss persönlich; die älteren einfach reale**). In Baiern weist die Apotheker-Ordnung vom

*) Lindes, Sammlung aller Gesetze und Verordnungen, welche in Bezug auf das Apothekerwesen in den königl. preuss. Staaten erlassen worden. S. 229, 230.

**) S. das Apothekerwesen in den k. k. österreich. Staaten. Eine

27. Jan. 1842*) auf das Gesetz über das Gewerbswesen vom 11. Sept. 1825 hin, und es werden darin zwar die bestehenden Apotheken aufrecht gehalten, aber neue nur als Concessionen zu selbstständigen oder Filial-Apotheken erwähnt, 1, 2, 4, 5. Die k. württembergische Verordnung über die Apothekenberechtigungen**) stellt den Grundsatz an die Spitze: §. 1. „Die Concession zu Errichtung einer Apotheke wird nur als persönliche Befugniss an einen von der zuständigen Staatsbehörde nach vorgängiger Führung einer Apotheke für befähigten Candidaten verliehen;“ und schreibt dann in diesem Falle, §. 2., eine öffentliche Aufforderung der Candidaten vor. Die k. hannoversche Apothekerordnung vom 19. Dec. 1820***) und die aus ihr grösstentheils entlehnte f. schwarzburg-rudolstädtsche vom 27. Jan. 1844†) enthalten über die Ertheilung neuer Concessionen nichts bestimmtes, unterscheiden aber doch, §. 6., den Fall, „dass die Apotheke ein Realprivilegium besitzt, der Familie eigenthümlich gehört, oder an das Haus geknüpft ist,“ von der Concession auf Lebenszeit oder auf bestimmte Jahre, schliessen also auch die Ertheilung neuer Realprivilegien nicht gerade aus. Die k. sächsische Verordnung vom 17. Octob. 1820††) überlässt es der k. Landesregierung, „nach Befinden“ die Concession zu Anlegung einer neuen Apotheke zunächst auch nur für die Person des Nachsuchenden zu ertheilen, wodurch also die Realität als Regel anerkannt wird. Die Neue Medicinalordnung der freien Stadt Frankfurt vom 29. Juli 1844†††), in welcher Cap. VII. §. 76 — 108. die Apotheker und ihre Officinen betrifft,

Darstellung der Geschichte des Apothekerwesens, der Rechte und Pflichten der Apotheker etc. von Matth. Macher, Doctor der Medicin, Physicus zu Hartberg etc. Wien 1840. 8.

*) Abgedr. im Archiv d. Pharm. Bd. 31. S. 248.

**) Archiv d. Pharm. Bd. 38. S. 219.

***) Gesetz-Sammlung v. J. 1821, 1. Abth. S. 17.

†) Gesetz-Sammlung v. J. 1841, S. 46.

††) Gesetz-Sammlung v. J. 1820, S. 161.

†††) Gesetz- u. Statuten-Sammlung Bd. VII. S. 233.

scheint bloss real - privilegirte Apotheken vorauszusetzen. In den meisten andern deutschen Staaten mag wohl eben so die Realität der Apothekerprivilegien noch vorherrschen und die Regel bilden.

Ob es aber für das wahre und höhere Interesse der Pharmacie, welches, richtig aufgefasst, mit dem Interesse des Staats ganz identisch ist, zuträglicher sei, bloss persönliche oder Realprivilegien zu ertheilen, lassen wir hier einstweilen auf sich beruhen.

II.

Um nun den Gegenstand, dessen rechtliche und staatswirthschaftliche Betrachtung der Zweck dieser Blätter ist, mit gehöriger Bestimmtheit aufzufassen, ist es nöthig, den Unterschied zwischen den Realprivilegien und den persönlichen Concessionen der Apotheker, so wie sich derselbe insbesondere in der neuen Gesetzgebung ausgebildet hat, etwas genauer zu untersuchen. Obgleich im Ganzen immer noch wichtig genug, ist dieser Unterschied doch nach den neuern Gesetzen einiger Staaten nicht mehr so gross, als es auf den ersten Anblick scheint. Der Weg ist bereits abgesteckt, auf welchem man nur noch einige Schritte zu thun braucht, um den Realberechtigten in eine eben so schlimme Lage zu versetzen, als in welche Diejenigen gerathen sind, welche ehemals ebenfalls Real-Privilegien besassen, sie aber durch das Missverstehen fremder Gesetze verloren haben sollen. Dagegen wären aber auch auf der andern Seite auch nur geringe Modificationen nöthig, um auch den bloss persönlich Berechtigten Alles zu gewähren, was sie billiger Weise verlangen können und sie in den wesentlichen Puncten, worauf es ihnen am meisten ankommen muss, zu befriedigen. Diese sind: Sicherheit ihres Unternehmens, auch bei einem frühzeitigen Tode; Sicherheit Dessen, was sie durch Fleiss, Kenntniss, Genie in ihrem Berufe vor sich bringen; Versorgung für sich selbst im Alter und die Ihrigen, und das Recht über wohl erworbenes Gut nach eigener Wahl

zu verfügen. Ohne diese Dinge giebt es keine Freude im Berufe und im Leben; sie sind dem persönlich Berechtigten so nothwendig als dem Realprivilegirten; und der Staat muss und kann sie einem Jeden gewähren, womit er nicht bloss eine Pflicht der Gerechtigkeit erfüllt, sondern auch sein eigenes höchstes Interesse am kräftigsten fördert.

Vor allem müssen nun hiebei von einander unterschieden werden: 1) das Gewerbe des Apothekers, und 2) das dazu gehörige sachliche Material in dem weitesten Umfange, nämlich die Officin selbst, das Haus, die Geräthschaften, und die Vorräthe an rohen und zubereiteten Stoffen.

1) Das Wort Gewerbe hat für manche Pharmaceuten einen unangenehmen Klang. Sie sind sich bewusst, dass ihr Stand nicht bloss den niedern Zweck hat, durch ihre Arbeiten ihren Lebensunterhalt und etwas darüber zu gewinnen, sondern dass sie, nicht weniger wie der Arzt, Diener und Priester der Natur sein können und wollen; dass also ihr Geschäft nicht bloss in dem Bereiten der Arzneien besteht, wobei sie unstreitig dem Arzte untergeordnet sind, sondern auf etwas höheres und echt wissenschaftliches gerichtet ist. Es ist sehr unrecht, wenn man in dem Pharmaceuten nichts sehen will, als den abhängigen Gehülfen der Heilkunst, und nicht den Mann in ihm erkennt, dessen Beruf es ist, und dessen tägliche Beschäftigung ihn dahin führt, eins der wichtigsten und umfangreichsten Felder der Naturwissenschaft praktisch und theoretisch anzubauen. Die Zeit ist gewiss nicht fern, wo diese höhere Richtung des pharmaceutischen Berufs allgemeiner anerkannt und benutzt werden wird, und wo freilich auch die von einigen praktischen Männern des Faches schon ausgesprochene Klage, dass man bald nur Chemiker und Naturkundige, aber keine Pharmaceuten mehr haben werde, in gewisser Weise noch allgemeiner werden könnte, als bisher. Es hat aber doch damit keine Noth. Man darf in keinem Berufe den grossen Werth der Treue und Gewissenhaftigkeit verkennen, welche sich auch

in untergeordneten Diensten und Leistungen beweist, und wozu sich bei der ungleichen Vertheilung der geistigen Gaben nicht nur immer eine hinreichende Zahl von solchen finden wird, die nur zu redlicher Anwendung, nicht aber zur Erweiterung berufen sind, sondern worin auch reicher ausgestattete Geister eine nützliche Schule durchlaufen, und so wird auch dem ausschliesslich praktischen Theile des Standes seine wohlverdiente Ehre durch die Festhaltung des Begriffes Gewerbe nicht geschmälert.

Was aber darauf abzweckt, durch Arbeit für Jeden, der ihrer bedarf, sich einen pecuniären Ertrag zu verschaffen, ist nichts anderes als ein Gewerbe, der Zweck desselben stehe so hoch als er wolle, welches aber wieder von dem Berufe eines Standes zu unterscheiden ist und diesen nicht erschöpft, und welches auch nur dann zu einem handwerksmässigen herabsinkt, wenn es ohne wissenschaftlichen Sinn betrieben und nicht durch Eifer und Aufopferung für die höheren Zwecke desselben geadelt wird. Denn in dieser Bedeutung wird auch das Geschäft des Arztes, des praktischen Rechtsgelehrten zum Gewerbe, und vom Staate wenn auch etwa in der Bezeichnung als Einkommen doch als Gewerbe besteuert.

Dieses Gewerbe nun fällt bei dem Apotheker ganz der Aufsicht und Bestimmung der Staatsregierung anheim. Es kann von niemand ausgeübt werden, welcher nicht seine Fähigkeit und Tüchtigkeit dazu dem Staate durch die gewöhnlichen Mittel der Lehr- und Uebungsjahre und wiederholter Prüfungen bewiesen hat, obgleich niemand wird läugnen können, dass diese Mittel bei weitem keine vollständige Sicherheit gewähren. Es wird daher auch eine fortwährende strenge Aufsicht über die Apotheken unerlässlich, und man wird den deutschen Regierungen nicht den Vorwurf machen können, dass sie darin säumig wären, wenn auch die Art und Weise, wie diese Aufsicht ausgeübt wird, hie und da manches zu wünschen übrig lässt*).

*) Es scheinen besonders zwei Klippen zu sein, welche nicht immer glücklich vermieden worden sind. Die eine ist die richtige

Nach Allem, was über den Zustand des Apothekerwesens aus andern Ländern gehört wird, darf sich Deutschland rühmen, am meisten für eine wahre und gründliche Verbesserung desselben gethan zu haben. Insbesondere aber darf man, ungeachtet der Beschwerden, welche gegen einzelne Maassregeln erhoben worden sind, nicht verkennen, welches grosse Verdienst sich hierin Preussen erworben hat, indem es auch in dieser Angelegenheit mit grossem Eifer und umfassender Thätigkeit vorangegangen ist. Aber eben desswegen ist es auch um so nothwendiger, die öffentliche Stimme da, wo sie ein Abweichen von dem richtigen Wege wahrzunehmen glaubt, mit desto grösserer Freimüthigkeit zu erheben.

In Beziehung auf das Gewerbe nun, das Halten und Verwalten einer pharmaceutischen Officin, stehen die Personal-Concessionen und die Realprivilegien einander vollkommen gleich. Das Gewerbe kann in beiden Fällen nur vermöge einer vom Staate anerkannten persönlichen Befähigung ausgeübt werden, und diese Berechtigung kann auch wieder zurückgenommen werden, wenn sich der approbirte Pharmaceut als unwissend und pflichtvergessen zeigt. Diese Gewerbsbefähigung aber, oder die aus der Befähigung entspringende Berechtigung zu den Functionen des Gehülfen und Vorstehers einer Apotheke kann auch

Stellung der Aerzte zu den Apothekern, wobei eine gänzliche Unterordnung der letztern eben so wenig gebilligt werden kann, als wenn man die in der Natur der Sache liegende nothwendige Verbindung unter ihnen ganz aufheben wollte. Die andere liegt in der Herbeiziehung wirklicher Sachverständiger zu der Aufsicht über die Apotheken (besonders den Visitationen), da jemand ein sehr tüchtiger Arzt, auch Gerichts- und Regierungsarzt sein kann, ohne auch die speciellen Kenntnisse zu besitzen, welche zur Beaufsichtigung der Pharmacie gehören; auf der andern Seite aber nur die Zuziehung anderer ausübender Apotheker wieder ihre Nachtheile hat. Es wird nichts übrig bleiben, als wissenschaftlich gebildete Pharmaceuten, welche aber weder Besitzer noch Verwalter von Apotheken sein dürfen, zu Beisitzern der Regierungsbehörden zu machen.

bei den Realberechtigten nicht als eine Art von Eigenthum angesehen werden; sie ist immer etwas rein persönliches, zwar keine Concession, vielmehr ihrer Grundlage nach etwas durch sich selbst erworbenes, aber doch durch die Approbation von dem Staate anerkanntes. Von einer Uebertragung ist bei ihr nicht die Rede.

2) Anders verhält es sich mit dem Material der Apotheke, dem Inbegriff der sämmtlichen zur Ausübung eines pharmaceutischen Gewerbes erforderlichen oder bestimmten Gegenstände, vom Hause und Kräutergarten an, bis zu dem kleinsten Geräthe und allen vorrätigen rohen und verarbeiteten Materialien und Arzneien. Diese können an sich von einem Jeden besessen werden und sind reines Eigenthum dessen, der sie auf rechtmässige Weise erworben hat. Ist dieser Apparat mit dem dazu eingerichteten Local vollständig vorhanden, so bildet er eine Apotheke der Sache nach, zu welcher aber nun erst die Erlaubniss der Regierung hinzukommen muss, ehe sie in wirklichen Betrieb gesetzt werden kann, und diese betrifft erstens den Betrieb an sich, das objective, und zweitens die persönliche Befähigung oder das subjective Gewerbsrecht *).

In dem objectiven Betriebsrechte der Apotheke scheiden sich nun die (Personal-) Concession und das (Real-) Privilegium von einander. Beide bedürfen zwar immer des subjectiven Betriebsrechts, das Privilegium macht aber die Erlangung einer besondern Gewerbsconcession unnöthig und giebt dem Befähigten ohne Weiteres das Betriebsrecht. Dasselbe ist daher Gegenstand des Eigenthumsrechts, wiewohl keines ganz freien und uneingeschränkten geworden; es kann auf Andere übertragen, verkauft, verwechselt, vererbt, verschenkt, und was von besonderer Wichtigkeit ist, verpfändet werden, nur dass ein neuer Erwer-

*) Diese Unterscheidungen werden vielleicht von manchem trivial gefunden; sie sind aber unentbehrlich, und aus dem Uebersehen derselben sind gerade die Missverständnisse entstanden, welche der vorliegenden Angelegenheit eine so betrübende Wendung gegeben haben.

ber zum Betrieb immer erst die persönliche Befähigung erlangen oder als schon erlangt nachweisen muss.

Es ist nur eine Steigerung dieses realen Rechts, wenn damit das Recht des Widerspruchs gegen Einrichtung neuer Apotheken, ein exclusives Privilegium verbunden ist. Wenn aber in einem Lande erstens gar kein solches exclusives Privilegium besteht, und zweitens zum wirklichen Betrieb eine Apotheke keine weitere Erlaubniss von Staatswegen ausser der persönlichen Befähigung erforderlich ist: so fallen nothwendiger Weise der factische Besitz einer Officin und das Realprivilegium in Eins zusammen, und das erste gewährt das nämliche Recht wie das letzte, welches seine Wirkung nur dann äussern kann, wenn zu der persönlichen Befähigung noch ein specielles Betriebsrecht erworben werden muss, oder mit andern Worten, bei dem Eigenthümer einer Officin bedarf es gar keines Realrechts, sondern nur der persönlichen Befähigung zum Betrieb des Gewerbes. Das Eigenthum der Officin selbst aber ist in dem freiesten bürgerlichen Verkehr und kann ungehindert an einen Jeden, sei er zum Gewerbe befähigt oder nicht, veräussert werden.

Oben ist nun schon bemerkt worden, dass durch die neueren Gesetzgebungen mehrerer deutschen Staaten auch die Realprivilegien in Hinsicht auf ihre Uebertragung und die Ausübung des Gewerbes bereits so eingeschränkt worden sind, dass nur ein kleiner Schritt noch übrig ist, um sie den blossen Concessionen gleich zu stellen. Klein ist nämlich dieser Schritt in der Hinsicht, als nur die consequente Anwendung der bereits geltend gemachten Grundsätze, nicht aber die Aufstellung neuer Principien dazu erforderlich sein würde, aber freilich für die noch bestehenden Apotheken würde er ein sehr grosser und ihre Existenz in der Wurzel vernichtender sein. Diess wird sich aus folgenden Momenten näher ergeben.

4) Die rechtliche Beschaffenheit der Realprivilegien, als eines dem Inhaber zustehenden Eigenthums, bringt es mit sich, dass der Eigenthümer darüber nach freier Wahl verfügen kann und nicht weiter eingeschränkt ist, als aus

dem Zweck der Sache mit wirklicher Nothwendigkeit folgt. Dahin gehört vor Allem, dass das Recht, eine Apotheke zu betreiben, von der Pflicht ausgeht, diesem Bedürfniss des Publicums in möglichster Vollkommenheit zu genügen, und daher auch nicht anders und nicht länger bestehen kann, als in sofern dadurch dieser öffentliche Dienst geleistet wird. Daraus folgt nicht nur, dass sich der Berechtigte allem unterwerfen muss, was zur Erfüllung dieses Dienstes von den competenten Behörden für nothwendig erklärt wird *), sondern auch, dass das Privilegium erlöschen muss, wenn kein Gebrauch davon gemacht wird, wie das bei allen dergleichen Berechtigungen eintreten muss, deren Zweck darauf gerichtet ist, einem allgemeinen Bedürfnisse abzuheffen, d. i. einen allgemeinen Dienst gegen die menschliche Gesellschaft zu übernehmen. Weiter aber, als dieses wesentliche Interesse, geht auch das Recht des Staats nicht; und er sollte wohl in allen übrigen Dingen dem Apotheker dieselbe freie Bewegung gestatten, welche er andern Eigenthumsberechtigten, obgleich das allgemeine Interesse der Gesellschaft dabei nicht selten eben so stark hervortritt, nicht entziehen zu dürfen glaubt.

Da sich nun das öffentliche Interesse bei der Apotheke lediglich auf die Ausübung des Gewerbes beschränkt, so hat an sich der Staat auch nur in diese einzugreifen, und wenn die Apotheke gehörig verwaltet wird: so konnte es ihm bis auf wenige Ausnahmen gleichgültig sein, wer der Eigenthümer derselben ist. Die persönliche Befähigung bezieht sich also an sich nur auf die Verwaltung, nicht auf das Eigenthum, und dieses könnte also sehr wohl einem völlig freien Verkehr überlassen bleiben, wie diess in früheren Zeiten geschah. Der Staat hat dieselben Mittel, den nicht verwaltenden Eigenthümer zu Herstellung aller der Einrichtungen anzuhalten, welche zu dem Normalzustande einer Officin gehören, als ihm gegen den verwaltenden zu Gebote stehen (in sofern sie nämlich zur

*) Dabei hat natürlich der Stand der Aerzte die entscheidende Stimme.

bleibenden Ausstattung der Officin gehören) und vielleicht mehr, weil die Mängel offener hervortreten, und von dieser Seite könnte also der Erwerb und Besitz der Apotheken einem Jeden gestattet werden.

Eine Ausnahme scheint freilich Vieles für sich zu haben, dass nämlich das Eigenthum der Apotheken nicht in die Hände der Aerzte gelange (oder mehrere Apotheken eines Orts in einer Hand vereinigt werden), weil hieraus allerdings mannichfaltige Nachtheile entstehen können. Schon früher haben daher die Staatsregierungen den Satz aufgestellt: dass nur der persönlich befähigte Apotheker zum freiwilligen Erwerb einer Apotheke (durch Kauf) berechtigt sei, und wenn vermöge anderer Rechtsgründe eine solche an einen Nicht-Apotheker kommt, dieser (mit einigen Ausnahmen zu Gunsten der Wittve und Kinder) verpflichtet sei, sie binnen einer bestimmten Zeit an einen befähigten Apotheker zu veräußern. In Preussen sagt schon die ältere Medicinalordnung vom 27. Sept. 1725. Tit. Von Apothekern. §. 14.: »dagegen verordnen Wir auch, »dass künftig keinen andern als rechten Apothekern, so die »Apothekerkunst wirklich erlernt, erlaubt sein soll, be- »stellte Apotheken anzunehmen, zu kaufen, oder wenn »Leute von anderm Stande und Professionen solche ererbet, »zu behalten, sondern vielmehr an einen approbirten Apotheker zu verhandeln« *).

Zwar scheint diese Verordnung zunächst nur den Zweck gehabt zu haben, die Gränze zwischen den Apothekern und Materialisten schärfer aufrecht zu halten, allein es ist nachher dabei geblieben und in der revidirten Apothekerordnung vom 11. Oct. 1804 **) wird bestimmt: »§. 2. Die Apothekenprivilegien, welche einmal in einem Orte fundirt sind, sind sowohl erblich, als überhaupt veräußerlich, es wäre denn, dass sie nur dem Besitzer für seine Person verliehen worden; doch gehört zur Besitzfähigkeit

*) Corp. Const. March. Th. V. Abth. IV. Nr. 32.

**) Mannkopff, Ergänzungen und Abänderungen d. preuss. Gesetzbücher. II. 441.

des Erwerbers, dass er selbst ein gelernter Apotheker sei, und als solcher von der Medicinalbehörde approbirt werde«.

Demjenigen Nicht-Apotheker, welchem eine Apotheke durch Erbschaft oder einen andern das Eigenthum übertragenden Rechtsgrund zufällt, wird nun (§. 3.) eine Frist von einem Jahre gegeben (welche nur aus erheblichen Gründen um 6 Monate verlängert werden darf), um die Apotheke auf einen qualificirten Besitzer zu bringen. »Nur (§. 4.) der Wittwe eines privilegierten Apothekers während ihres Wittwenstandes und den minorennen Kindern desselben bis zu ihrer Grossjährigkeit soll es nach wie vor vergönnt sein, die Apotheke durch einen qualificirten Provisor verwalten zu lassen. Diese Verwaltung muss aber (§. 5.) aufhören, sobald ein Sohn, welcher die Apothekerkunst gelernt hat, solche annehmen, oder eine Tochter an einen solchen sich verheirathen will. Der Annehmer soll alsdann die Miterben nach einer billig mässigen Taxe abfinden, »da dem Staate daran gelegen ist, dass die Apotheken sich in den Händen gelernter Apotheker befinden, und nicht durch den Weg der Versteigerung zu gar zu hohen Preisen getrieben werden«. Dass bis zu diesem Uebergang an einen persönlich befähigten Apotheker die Officin schon durch einen solchen verwaltet werden muss, würde sich von selbst verstehen.

Diese Beschränkung der Besitzfähigkeit auf approbirte Apotheker ist dann auch in andern Staaten gesetzlich geworden. Die königl. hannöversche Apothekerordnung von 1820 sagt auch §. 3.: »Niemand soll als eigenthümlicher Besitzer, als Pächter oder als administrirender Provisor einer Apotheke bestätigt werden, welcher nicht *a*) 25 Jahre alt ist und eines guten Rufs geniesst, *b*) die Apothekerkunst gründlich wenigstens durch 4 Jahre erlernt und sodann 5 Jahre mit Beifall seiner Principale conditionirt hat, und *c*) seine Kenntnisse durch ein Examen bewährt. Einem nicht befähigten Erwerber einer Officin sind zwei Jahre verstattet, um sie auf einen qualificirten Besitzer zu bringen, und wenn es nicht geschieht, soll die Apotheke geschlossen werden«. (*Hannov. Gesetzsaml. für*

1821. I. S. 20.) Diess ist in die fürstl. Schwarzburg-Rudolstädtische Apothekerordnung aufgenommen worden. Die königl. Württembergische Verordn. von 1842 bestimmt §. 7.: »Auch eine dingliche Apothekenberechtigung darf nur von einem gesetzlich befähigten Apotheker besessen und ausgeübt werden.« Davon sind nur zu Gunsten der Wittve und Kinder die (auch in dem hannöverschen Gesetze anerkannten) Ausnahmen gemacht, und den minorennen Kindern eines Apothekers zum Verkauf drei Jahre (andere nur 6 Monate) gestattet. So bestimmt auch die Medicinalordnung der freien Stadt Frankfurt vom 29. Jul. 1840. §. 82. diesen Punct, jedoch so, dass sie nicht nach Ablauf dieser Frist das Schliessen der Apotheke, sondern eine öffentliche Versteigerung derselben für die Erben vorschreibt (§. 80.), bei welcher nur solche Käufer zugelassen werden, welche zur Verwaltung einer Apotheke (§. 77.) persönlich befähigt sind.

Dagegen lassen die kaiserl. Oesterreichischen Verordnungen den Erwerb eines Real- und verkäuflichen Gewerbes einem Jeden, auch nicht persönlich befähigten unbedingt frei und verpflichten nur einen solchen nicht befähigten Eigenthümer, die Führung der Apotheke einem gehörig qualificirten Individuum zu übergeben *). Auch in der Sachsen - Meiningschen Apothekerordnung vom 9. Mai 1837. Art. 7. sind die nicht zur eignen Verwaltung befähigten Erwerber nur gehalten, die Apotheke nach Entscheidung der Landesregierung binnen 2 Monaten entweder zu verkaufen oder für einen gehörig qualificirten Verwalter oder Pächter zu sorgen. Aehnliches scheint in andern deutschen Staaten statt zu finden.

Dass der einmal concessionirte Apotheker, er sei mit einem Realprivilegium versehen oder auf seine Lebenszeit concessionirt, seinen Beruf in eigner Person erfüllen muss, und dass er auch bei kurzen und vorübergehenden Verhinderungen für die gehörige Verwaltung sorgen muss,

*) Allerh. Entscheidung vom 24. Mai 1814. Hof - Canzlei - Decret vom 26. Juni 1822. Macher, das Apothekerwesen, S. 80.

versteht sich von selbst. Manche Apothekerordnungen geben hierüber sehr bestimmte Vorschriften. Die Baierische v. J. 1842 verweist auf das Gesetz über das Gewerbswesen vom 11. September 1825, und gestattet einem Apotheker in den Fällen einen Provisor anzunehmen, in welchen Fabrikherren einen Werkmeister anstellen können, welches nach Art. 4. jenes Gesetzes jedem Besitzer eines realen Gewerbes freisteht. Die Würtembergische auch von 1842 gestattet dem Apotheker nicht nur in vorübergehenden Verhinderungen, wozu doch auch Reisen und vorzüglich die Wahl zum Landtagsabgeordneten gehören *), sondern auch wegen Krankheit und zunehmenden Alters, seine Officin durch einen Provisor verwalten zu lassen. Die Hannoverische erlaubt auch dem Apotheker, sein Geschäft freiwillig aufzugeben, und wenn er ein Realprivilegium hat, diess zu verkaufen oder unter Genehmigung der Regierung zu verpachten. Ob der Concessionist zu der Verpachtung berechtigt sei, ist nicht ausdrücklich gesagt; man sollte es aber doch wohl annehmen, weil ihm in einem solchen Falle unstreitig das Recht zusteht, die Apotheke durch einen verpflichteten Provisor auf seine Rechnung fortführen zu lassen, die Concession ihm auf seine Lebenszeit gegeben ist, und also ohne rechtliche Ursache früher nicht wieder entzogen werden kann, und nach allen diesen Verordnungen, wie in der Würtembergischen (§. 11.) ausdrücklich gesagt ist, die Verpachtung in allen Fällen erlaubt ist, in welchen eine Verwaltung durch einen approbirten Provisor nothwendig oder zulässig ist.

Davon macht Preussen allein eine Ausnahme, indem zwar nicht durch ein von der höchsten Staatsgewalt ausgegangenes Gesetz, sondern durch eine Ministerialverfügung vom 19. Mai 1821 (Lindes Samml. 482.) alle Verpachtungen der Apotheken untersagt worden sind. Ob der

*) Dabei kommt denn auch die Frage in Betracht, ob die Regierung dem Apotheker die Erlaubniss zur Stellvertretung durch einen approbirten Provisor verweigern dürfe.

dafür angegebene Grund, dass bei statt findenden Mängeln, da der Pächter sich auf den Verpachter und dieser sich wieder auf jenen zu beruhen pflege, so dass die Behörden zweifelhaft würden, an wen sie sich halten sollten, wirklich ausreichend sei, so tief in das Privatrechtliche einzugreifen, mag dahin gestellt bleiben; die Staaten, welche die Verpachtung gestatten, haben wenigstens diesem Nachtheil hinreichend vorgebeugt, indem sie vorschrieben, dass der Pachtvertrag von der Regierung geprüft werden müsse. Es ist leicht zu erachten, dass dieses Verbot der Verpachtung in einzelnen Fällen sehr drückend geworden ist, indem es dem Eigenthümer, wenn ihm vorgerücktes Alter oder andere Ursachen die Verwaltung unter eigener Verantwortlichkeit und auf eigne Rechnung nicht mehr erlauben, schlechthin zum Verkaufen oder sogar zum unentgeltlichen Aufgeben der Apotheke zwingt. Daher hat auch jenes Verbot keinen sehr willigen Gehorsam gefunden, und man hat es durch heimliche Verträge zu umgehen gesucht, welche sodann von den Provinzialbehörden unter Androhung strenger Strafen untersagt werden mussten.

Die Beschränkung der Besitzfähigkeit der Apotheken auf gelernte Apotheker wird zwar von ihnen in der Regel nicht für eine Beschwerde gehalten werden, da in der neuern Zeit die Concurrenz derer, welche eine feste bürgerliche Stellung zu erwerben suchen, immer grösser wird. Aber es ist doch nicht zu verkennen, dass, wenn man den beiden über das Apothekenwesen aufgestellten Principien:

- 1) dass die Beaufsichtigung der Apotheken über die wirkliche Führung derselben und die gehörige Vorbereitung und Prüfung der Verwalter hinaus, auch alle anderen privatrechtlichen Verhältnisse ergreifen müsse; und
- 2) dass auch bei dem Verkauf der Apotheken der Preis derselben der Verabredung der Parteien nicht überlassen werden müsse;

eine weitere Anwendung gäbe *), alsdann der bisherige

*) In Oesterreich ist auch für die Realberechtigungen ein unab-

Vorzug der Realprivilegien bald verschwinden würde.

2) Dagegen sind aber auch die blossen Concessionen, ob sie gleich nur für die Person und zwar auf Lebenszeit ertheilt werden sollen, doch ihrer Natur nach keinesweges an das Leben eines Menschen gebunden, und in vieler Hinsicht den Realberechtigungen sehr nahe gestellt, was sich auch in den Gesetzen unverkennbar ausspricht.

Die Anlage einer neuen Apotheke erfordert vieles, was die Lebenszeit eines Menschen bei weitem überdauert, und sie bildet ein Ganzes, einen Inbegriff von Sachen (*universitas rerum*), welches durch den Abgang einzelner Bestandtheile und das Hinzukommen anderer in seinem rechtlichen Begriffe nicht verändert wird. Zu dem rechtlichen Dasein eines solchen Ganzen gehört das Betriebsrecht an sich nicht; dasselbe besteht als abgeschlossenes Rechtsobject auch ohne Realprivilegium und das Eigenthumsrecht an der Apotheke in diesem materialen Sinne geht auch dem bloss persönlich Concessionirten und seinen Erben weder durch seinen Tod, noch durch eine aus andern Gründen erfolgte Zurückziehung der Concession verloren. Diess erkennen selbst die neuesten Verfügungen des königl. Preussischen Ministeriums an, indem sie zwar demjenigen, welcher in die Stelle eines concessionirten Apothekers eintritt, die Verbindlichkeit auflegen, seinem Vorgänger das nothwendige und noch brauchbare Material zur Apotheke um die Taxe abzukaufen, aber den Apotheker und seine Erben nicht verpflichten, es ihm in dieser Weise zu überlassen. Es gibt kein Gesetz, welches den Eigenthümer der Apotheke verhinderte, über Apparat und Material seiner Apotheke nach Gutdünken zu ver-

änderlicher Normalpreis festgesetzt, welcher in keinem Falle überschritten werden darf und in dem bei der letzten Veräusserung gegebenen Preise besteht, wenn aber ein solcher nicht zu ermitteln ist, durch Taxation gefunden wird. Die Geräthschaften und Immobilien sind unter diesem Preise nicht begriffen. Macher S. 81.

fügen, und bloss alsdann, wenn er dasselbe dem Betriebs-Nachfolger überlassen will, und verlangt, dass sie dieser ihm abnehme, muss er sich der Abschätzung unterwerfen.

Aber auch von Seiten des Staats wird es in mehrern Beziehungen anerkannt, dass die der Person verliehenen Betriebsberechtigungen eine dauernde und reale Grundlage haben. Darauf weist schon das Verfahren hin, welches bei Errichtung einer neuen Apotheke eingehalten werden muss; indem dieses immer von Verhältnissen ausgehet, welche eine bleibende Nothwendigkeit begründen, die Zahl der Apotheken in einem Orte oder Bezirke zu vermehren. Eine einmal nothwendig gefundene neue Apotheke ist aber in der Regel für immer gegründet. Geht der gegenwärtige Inhaber derselben ab, so muss auch nach dem Ministerialbefehl vom 13. August 1842 dafür gesorgt werden, dass ein anderer, tüchtiger Pharmaceut, der beste, welcher zu haben ist, an seine Stelle trete, und die Apotheke darf, wenn es zu verhindern ist, nicht eingehen *). Zu diesem Zwecke wird die Einrichtung der Apotheke auf das Nothwendige beschränkt, welches der neue Apotheker seinem Vorgänger nach einer amtlichen Taxe abnehmen und baar bezahlen muss, und auch in dieser Bestimmung, obwohl sie dem abgehenden nur einen sehr unvollständigen Ersatz seines Anlage- und Betriebs-Capitals gewährt, spricht sich doch aus, dass in dem Gewerbe des Apothekers etwas liegt, was über seine persönliche Verwaltung und sein Leben hinausreicht. Diess wird in einem um so höhern Grade der Fall sein, als der bisherige Inhaber von Liebe und wissenschaftlichem Eifer für seinen Beruf beséelt gewesen ist; aber anstatt dafür am Abende seines Lebens einen desto reichlichern Lohn zu erhalten, wird gerade sein Verlust um so grösser sein.

Die ältere Praxis hatte daher auch in Preussen, wie aus den dagegen erlassenen Verfügungen erhellet, die

*) Wenn sie nicht von der betreffenden Provinzial-Regierung etwa wieder für überflüssig geachtet wird, was ein seltener Fall sein möchte. Minist.-Rescr. v. 18. Sept. 1824. *Lindes* S. 234.

Personal - Concessionen den Realprivilegien sehr nahe gebracht, indem sie gestattete, dass der Inhaber auf seine Concession zu Gunsten eines Andern qualificirten Apothekers resignirte, welcher ihm dabei auch das ihm eigenthümlich zugehörige Material (Inventarium, Haus etc.) abkaufte. Für die Gewerbsberechtigung konnte freilich ein Kaufgeld eigentlich nicht bedungen werden, aber es war kaum zu vermeiden, dass sich nicht der Kaufpreis für die übrigen Gegenstände darnach richtete und darauf mit bezog. Die Behörden fanden indessen selten ein Bedenken dem Resignatar, wenn er gehörig qualificirt und sonst nichts gegen ihn einzuwenden war, die Bestätigung zu gewähren, nur durfte die Gewerbsberechtigung selbst nicht zum Gegenstande des Kaufs gemacht werden.

Dabei war auch schon vor der königl. Cabinetsordre vom 9. December 1827 der Wittve und den Kindern der blossen Concessionisten die gleiche Begünstigung, wie den Hinterlassenen der Realprivilegirten wo nicht als eigentliches Recht, doch als unbedenkliches Herkommen zugestanden, während des Wittwenstandes der Frau und bis zur Grossjährigkeit der Kinder den Besitz und die Verwaltung der Apotheke durch einen approbirt und vereideten Provisor fortzusetzen *); die königl. Cabinetsordre vom 9. December 1827 aber (Lindes S. 237.) autorisirt das Ministerium: „in vorkommenden Fällen die Bestimmungen der Apothekerordnung von 1801. §. 4. und 5. auch für die Hinterbliebenen eines concessionirten Apothekers in Anwendung zu bringen, und so wurden also beide das Real-Privilegium und die Personal-Concession einander vollkommen gleich. Die Apotheker-Ordnung erwähnt hiebei zwar §. 4. nur der minorennern Kinder; aus §. 5. erhellet aber, dass auch den majorennen Söhnen eines Apothekers, oder den majorennen Töchtern, welche sich an einen gelehrten Apotheker verheirathen, die Uebernahme der Apotheke nicht ver-

*) Ministerial-Rescript vom 27. März und vom 18. Sept. 1824. bei Lindes S. 232. 234.

weigert werden kann. Wie nun diese allerhöchsten Bestimmungen zu Gunsten der concessionirten Apotheker durch Ministerialverfügungen wieder verkürzt worden sind, wird sich nachher zeigen. Wenn aber dieselben, wie zu hoffen ist, ungeschmälert bestehen, so ist soviel klar, dass der Unterschied zwischen Realprivilegien und Concessionen so gross nicht ist, als er scheint, und dass er, wenn dem concessionirten Apotheker die Befugniss eingeräumt wird, in besondern Fällen, z. B. zu Gunsten eines vieljährigen treuen Gehülfen, eines nahen Verwandten, eines adoptirten Sohnes u. dergl. zu resigniren, bis auf wenige Fälle und bis auf das Wegfallen eines Kaufpreises für die Gewerbsberechtigung selbst verschwindet.

III.

Der erste bedeutende Schritt, welcher zum grossen Nachtheil eines Theils der Apotheker in der im alten und noch erhöhten Glanze wiederhergestellten Preussischen Monarchie gereichte, war, dass man es bald nach der wieder begründeten alten Ordnung ohne Weiteres für ausgemacht annahm:

sowohl in dem Theile des Staats, in welchem das französische Finanz- und Gewerbs-System eine Zeitlang gegolten hatte, als auch in den Theilen, welche zu dem Königreich Westphalen gezogen worden waren, seien alle frühern Realrechte der Apotheker vernichtet, und sie seien sämmtlich zu blossen Personal-Concessionen geworden, und zwar in dem Sinne, welchen man neuerlich damit verbunden hat.

Eine genauere Untersuchung zeigt aber, dass diese Annahme durchaus nur auf Missverständnissen beruht, und dass sie den wohlbegründeten Rechten der Apotheker in den angegebenen Provinzen eben so sehr, als der Billigkeit entgegen ist. Weder in Frankreich noch im Königreich Westphalen sind die Inhaber einer Apotheke jemals in dem Rechte des vollen Eigenthums über dieselbe, oder in der freiesten Befugniss, sie an andere durch Kauf, Schenkung, Vermächtniss oder irgend einen andern Rechtstitel ganz nach Belieben zu übertragen, im geringsten gehindert gewesen. Von Concessionen ist dabei gar

nicht die Rede, sondern nur von einer Gewerbesteuer, welche ein jeder von dem Betriebe seines Gewerbes zu entrichten hatte, und natürlich war die Beschränkung des pharmaceutischen Gewerbes auf gelernte und geprüfte Apotheker auch hier gesetzlich. Diese letzte Beschränkung hinderte jedoch, zumal nach den französischen Einrichtungen des ganzen Apothekerwesens den freien Verkauf der Apotheken so gut als gar nicht, wie sich aus dem Folgenden ergeben wird.

In Frankreich nahm die Entstehung und Ausbildung des Apothekerwesens im Ganzen denselben Gang wie bei uns. Zuerst als freie Kunst betrieben, und oft mit dem Gewerbe des Gewürzkrämers und Confiturenbäckers verbunden, kam es erst nach und nach unter die Aufsicht des Staats, wozu die Beschwerde über schlechte und unwirksame Arzneien die erste Veranlassung gaben. Zwischen der medicinischen Facultät und den Apothekern und Gewürzhändlern zu Paris wurden schon im 13. Jahrhundert darüber Verträge geschlossen, welche von dem K. Gerichte der Stadt Paris (dem Châtelet) bestätigt waren und von den Apothekern beschworen werden mussten*). Später wurde eine feierliche Visitation, zweimal des Jahres zu Ostern und Allerheiligen angeordnet, welche von dem Vorsteher der Apotheker zu Paris unter Zuziehung zweier von dem Decan der medicinischen Facultät ernannten Magister der Medicin und zweier vom Stadtvorstand (*prévot*) von Paris ernannten Apotheker vorgenommen wurde. Dabei wurden zugleich die sämmtlichen Apotheker in Eid genommen, dass sie über alles, was bei ihnen vorgehe, altes und neues die volle und reine Wahrheit sagen, das Gewerbe des Apothekers vorschriftsmässig und nach dem Antidotarium von Nicolas mit den von den Meistern den Apothekern mit Rath der Aerzte gemachten Verbesserungen getreulich führen, keine Gifte und Abortivmittel an Ungläubige (d. h. vorzüglich Juden) und Andere, die ihnen nicht als Aerzte (wenn auch nicht gerade promovirte Doc-

*) Verordn. Philipp's VI. v. J. 1336. *Anciennes lois françaises* v. Isambert, Jourdan etc. IV. 244.

toren) genau bekannt seien, verkaufen wollten, u. s. w. *). Diese Verordnung gab den Apothekern von Paris zuerst eine Art von zunftmässiger Verfassung. In Paris sollte Niemand das Gewerbe betreiben, ohne Vorwissen des Métier, und ohne von diesem geprüft und beeidigt zu sein **). Aber eigentliche Innungsrechte und Privilegien gab ihnen Karl VIII. durch ein Edict vom Aug. 1484 ***), worin für alle angehende Apotheker eine Lehrzeit von 4 Jahren festgesetzt wurde. Nach Ablauf derselben mussten sie eine Prüfung vor den geschwornen Meistern bestehen, und ein Meisterstück machen, in Bereitung von Arzneien, Wachspräparaten und Zuckerbäckereien, wovon aber die Söhne der Apotheker und Zuckerbäckermeister frei waren. Den Wittwen wurde die Fortsetzung des Gewerbes durch einen approbirten Gehülfen gestattet; den Gewürzkrämern aber, welche nicht als Apotheker geprüft und beeidigt waren, die Ausübung der Pharmacie untersagt. Doch blieben die Apotheker und Gewürzkrämer noch in einer Zunft; durch eine Verordnung von 1544 wurden nur die blossen *Epiciers* von den Wahlen der Vorsteher (*jurés et gardes*) ausgeschlossen. Diese Statuten wurden mehrmals erneuert, aber durch eine Verordnung von 1638 näher bestimmt. Die Apotheker-Lehrlinge mussten den Curs der Grammatik in den Schulen gemacht haben, ehe sie angenommen wurden, dann mussten sie eine Lehrzeit von vier Jahren bestanden und sechs Jahre als Gehülfen gedient haben, ehe sie zu dem Hauptexamen vor sämtlichen Meistern und zwei Doctoren der medicinischen Facultät zugelassen wurden †). Auch diese Verordnung galt zwar zunächst nur für Paris, aber auch in den übrigen Städten wurden ähnliche Bestimmungen getroffen, und in denen, wo sich medicinische Facultäten befanden,

*) Verordn. K. Johans v. Aug. 1353. Anciennes lois franç. IV. 679.

**) Die Prüfung war freilich nicht streng. Die Apotheker sollten nur die Recepte lesen und bereiten können, oder jemand, der diess verstehe, zur Hand haben.

***) Anciennes lois franç. XI. 112.

†) Jurisprudence de la Médecine de la Chirurgie et de la Pharmacie

wurde durch Art. 87. des Reichstags-Abschieds von 1579 *) unter Heinrich III. die Zuziehung derselben bei den Prüfungen der Apotheker und den Visitationen der Officinen verordnet. Die gräulichen Giftmischereien, welche in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts unter den höhern Ständen so sehr überhand nahmen, dass sie fast mit dem Interesse der Kunst betrieben wurden**) und eigne Untersuchungsgerichte nöthig machten, gaben zu strengen Verordnungen über den Verkauf giftiger Substanzen Veranlassung, aber eine gründliche Reform erfuhr das ganze Apothekerwesen durch die königl. Verordnung vom Jahre 1777, 25. April***), welche noch jetzt als gültig betrachtet wird. Hierin werden nun zuvörderst Pharmacie und Specereihandel (Materialhandel) ganz von einander getrennt, der letzte wird den Apothekern untersagt, nur die bisher beide Geschäfte betrieben, sollen sie für ihre Lebenszeit behalten; die Specereihändler sollen einfache Stoffe nur im Grossen nach Handelsgewicht, nicht nach Medicinalgewicht und nur im rohen Zustande verkaufen; die Apotheker in Paris sollen für sich allein eine Corporation, Collegium der Pharmacie, ausmachen, dürfen allein offene Officinen und Laboratorien haben, und Vorlesungen

en France. Par A. Trébuchet, Avocat, Chef du Bureau de la police médicale et des établissemens insalubres à la Préfecture de Paris. 1834. p. 317.

*) Die Ordonnance rendue sur les plaintes et doléances des Etats généraux, assemblés à Blois en Nov. 1579. Anciennes lois franç. XV. 403.

**) Die Italiener Exili, sein Schüler Gaudin de Sainte Croix suchten immer feinere und stärkere Gifte zu erfinden, womit des letzteren Geliebte, die Marquise de Brinvilliers, auch praktische Versuche anstellte, oft ohne allen persönlichen Grund. Sie ward hingerichtet 1676. Aerger trieb es noch die Wahrsagerin, Catharina des Hayes, verwittwete Monvoisin (la Voisin), eine gewesene Hebamme, zu welcher alle Weiber, die ihrer Männer überdrüssig waren, ihre Zuflucht nahmen. Sie ward verbrannt 1679.

***)) Declaration portant règlement pour les professions de la pharmacie et de l'épicerie à Paris. Anciennes lois franç. XXIV. 389.

sowohl in ihren Laboratorien, als auch in ihrem botanischen Garten halten, sie sind zu den letztern sogar verpflichtet. Die Klöster, Hospitäler und andere Corporationen, welche bisher Apotheken hatten, sollen damit auf ihren eigenen Bedarf beschränkt sein. Diejenigen, welche die Pharmacie auf den Grund besonderer Privilegien, und vermöge eines Amts, ausübten, sollen dazu nur in sofern auch ferner berechtigt sein, als sie ihre Chargen persönlich besitzen und verwalten; jedes Vermiethen oder Uebertragen des Privilegiums ist verboten *).

Dieses Collegium der Pharmacie, dessen Organisation durch die Statuten vom 10. Februar 1780 vollendet wurde (b. Trébuchet, p. 561), entsprach seinem Zwecke so gut, dass es alle Stürme der Revolution ruhig und unangefochten überlebt hat. In seinem Schoosse haben sich die tüchtigsten Männer gebildet, und es hat der Wissenschaft nicht weniger als dem Leben, die nützlichsten Dienste geleistet.

In den Provinzen aber blieb es bei den früheren speciellen Einrichtungen und Verordnungen, und die Apotheker in den grössern Städten behielten ihre besondern Innungen und Statuten. Alle diese ältern Gesetze und Verordnungen wurden durch ein Decret der National-Versammlung vom 14. April 1794 bestätigt, und zu diesem Zwecke auch verordnet, dass kein Gewerbspatent zu Bereitung, Verkauf und Ausgeben von Arzneien und Drogen im ganzen Umfange des Staats ausgegeben werden solle, ausser an statutenmässig vorbereitete, geprüfte und angenommene Apotheker. (Trébuchet, p. 569).

Erst am 11. April 1803 (21. Germ. J. XI.), nachdem die Unterrichtsanstalten für die gesammte Medicin neu organisirt worden waren, wurde auch ein Gesetz über das

*) Diese Privilegien sind also mit den Realprivilegien der Apotheken nicht zu verwechseln und sie bestanden darin, dass ihre Inhaber nicht den Grad eines Meisters der Pharmacie erworben zu haben brauchten, sondern vermöge eines Amts zur Ausübung befugt waren. Daher dürfen sie auch den Ehrennamen: *Maitre en Pharmacie* sich nicht beilegen.

Apothekerwesen dem gesetzgebenden Körper vorgelegt, und am 24. April beschlossen. Es hat vier Titel. Nach dem 1. sollen zu Paris, Montpellier und Strassburg und noch in drei andern Städten, wo auch die drei noch zu errichtenden medicinischen Facultäten angelegt werden, pharmaceutische Schulen errichtet werden, welche nicht bloss für den Unterricht der angehenden Pharmaceuten zu sorgen haben, sondern auch das Recht haben, die Zöglinge zu prüfen und zu approbiren, was dann für ganz Frankreich gültig ist. Es sind aber die versprochenen drei andern pharmaceutischen Schulen gar nicht zu Stande gekommen. Daneben ward aber in der Hauptstadt eines jeden Departements eine Examinations-Jury angeordnet, bestehend aus zwei praktischen Aerzten, einem Professor der Medicin und vier gesetzlich approbirten Apothekern. Allein die Prüfungs-Zeugnisse dieser Jury gelten nur für das Departement. (Trébuchet, p. 381.) Ueber die Organisation der pharmaceutischen Schulen (oder Universitäts-Facultäten) zu Paris, Montpellier und Strassburg ist bald eine ausführliche Verordnung vom 13. Aug. 1803 (abgedruckt bei Trébuchet p. 396) erlassen worden. Andere Verordnungen betreffen die Visitationen der Apotheken, den Verkauf von Arzneiwaaren im gewöhnlichen Materialhandel, die Geheimmittel und ähnliches.

In allen diesen Verordnungen ist nun eben so wenig die Rede 4) von dem Eigenthume der Officinen, dessen Erwerbung oder Veräusserung, so wie der Art der Verwaltung und Verpachtung derselben, als 2) von der Besteuerung des Apothekergewerbes, und beide Gegenstände bedürfen einer besondern Beleuchtung.

4) Die französische Gesetzgebung hat weder in älterer, noch neuerer Zeit daran gedacht, das Eigenthum an der Officin selbst, den dazu gehörigen Grundstücken, Vorräthen und Utensilien, und die Erwerbung und Uebertragung desselben im Geringsten zu beschränken. Der Besitz einer Apotheke steht einem Jeden frei, und er kann solche durch jeden an sich rechtmässigen Titel, Erbschaft, Schenkung, Kauf u. dergl. an sich bringen, und eben so

wieder, an wen er will, übertragen. Es muss nur immer ein qualificirter Apotheker an der Spitze der Verwaltung stehen, sonst wird die Apotheke geschlossen; oder mit andern Worten, Eigenthümer einer Apotheke kann ein Jeder sein, aber das Geschäft in offener Officin kann nur von einem approbirten Pharmaceuten geführt werden. Viele Apotheken in Frankreich befinden sich daher in den Händen von Aerzten, Specereihändlern (*Materialisten*, *Epiciers*), Droguisten und Herbaristen, und manche Apotheker besitzen mehr als eine Apotheke. Zwar enthält die Verordnung vom 13. Aug. 1803. §. 41. die Bestimmung, dass die Wittwe eines Apothekers nur ein Jahr lang nach dem Tode ihres Mann befugt sein soll, das Geschäft durch einen blossen Eleven, welcher 25 Jahr alt sein muss, fortzusetzen, und nach Verlauf eines Jahrs darf sie keine offene Apotheke mehr halten. Das heisst aber nur so viel, dass sie sich alsdann einen approbirten Pharmaceuten verschaffen muss, unter dessen Namen das Geschäft geführt wird. Es wird auch für rechtswidrig gehalten, mehr als eine Apotheke zu betreiben, aber auch dieses bezieht sich nur auf die Führung des Geschäfts und die Verantwortlichkeit für dieselbe, weil an der Spitze jeder einzelnen Officin ein mit einem gehörigen Diplom versehener Pharmaceut stehen soll, und Niemand zwei pharmaceutische Diplome haben, und noch weniger in zwei Apotheken zugleich die gesetzliche genaue Aufsicht führen kann, welche ohne fortwährende persönliche Aufsicht nicht möglich ist. Die Gerichte halten auch darüber, dass Niemand mehr als einer Apotheke wirklich vorstehe (*Trébuchet* p. 322), aber doch finden in diesem Puncte viele Missbräuche statt, und man klagt darüber, dass es zu leicht sei, Apotheken unter einem fremden Namen zu verwalten. Die Bedingungen der Qualification sind zwar streng genug; ein Pharmaceut muss nach beendigter Lehrzeit acht Jahre in einer Apotheke gedient, oder drei Jahre Pharmacie in Paris, Strassburg oder Montpellier studirt, und fünf Jahre gedient haben und 25 Jahre alt sein; er muss sodann ein dreifaches Examen bestehen, eine These ver-

theidigen und für die Prüfung und Approbation 1300 Fr. erlegen. Allein eben desswegen finden sich doch Viele, welche, wenn sie dieses Ziel erreicht haben, ihre Mittel erschöpft haben, eine eigne Officin nicht erwerben können, und froh sind, wenn sie für das Herleihen ihres Namens und Diploms einen oft sehr dürftigen Gehalt beziehen können. In derselben Lage befinden sich auch Viele, welche als Apotheker schon etablirt waren, und durch Unglücksfälle oder eigne Schuld zurückgekommen sind; gerade von diesen aber verdient ein grosser Theil nicht das Zutrauen, welches bei einem Apotheker vorausgesetzt werden muss.

Daher ist es nicht zu bestreiten, dass eine solche Leichtigkeit, eine Officin unter fremdem Namen zu verwalten, nicht allein das Publicum mit sehr erheblichen Nachtheilen bedroht, sondern auch dem wahren Vortheile des Apothekerstandes und der Würde desselben durchaus entgegen ist. Man muss es daher mit Dank anerkennen, wenn die meisten deutschen Regierungen erstens den freiwilligen Erwerb einer Apotheke (durch Kauf, Schenkung u. dgl.) nur einem wirklich qualificirten Apotheker gestatten, und bei Erwerbungen, die nicht auf einem freien Willen des Erwerbers beruhen (wie durch Erbschaft und Vermächtniss, wohin man billiger Weise auch den Gläubiger rechnen könnte, welcher sich in einem Concurs durch Erstehen der Officin nur gegen Verlust zu decken sucht) dem Erwerber eine angemessene Frist setzen, binnen welcher er die Apotheke an einen qualificirten Besitzer bringen muss; zweitens aber, wenn sie die Verpachtungen überhaupt verbieten, oder nur als Ausnahmen in einzelnen Fällen zulassen, und dann durch genaue Aufsicht dafür sorgen, dass sie nicht bloss zum Schein geschlossen werden, dass der Pächter vielmehr wirklicher Herr des Geschäfts wird und die Mittel besitzt, die damit verknüpfte Verantwortlichkeit in ihrem ganzen Umfange zu erfüllen.

2) Realprivilegien der Apotheker scheinen auch in der ältern Zeit in Frankreich nicht häufig gewesen zu sein, ob sie gleich durch die Gesetze nicht unbedingt ausge-

schlossen waren, und viele Anstalten, Hospitäler und Klöster wirklich dergleichen besaßen. In sofern das Privilegium nicht exclusiv sein sollte, bedurfte es aber dessen auch nicht, weil die einmal bestehende Officin von selbst so lange bestand, als sie einen approbirten Vorsteher hatte, und unter dieser Bedingung von einer Hand in die andere ging. Eine wohl eingerichtete, gut gelegene, mit Redlichkeit und Geschicklichkeit verwaltete Apotheke gelangt dadurch zu einem Ansehen, welches die Stelle eines Realprivilegiums ersetzt, und dessen Erhaltung sowohl für den bisherigen Besitzer, als für den neuen Erwerber eine Ehren- und Gewissenssache zu sein pflegt. Dadurch haben sich auch in Frankreich gerade nur diese alten angesehenen Apotheken in ihrem Werthe erhalten, während man sonst darüber klagt, dass die Mangelhaftigkeit und Schwäche der Gesetze (wozu man auch wohl die Unzulänglichkeit der auf drei beschränkten höhern Unterrichtsanstalten rechnen kann) die Pharmacie in Frankreich fast ganz vernichtet sei. So klagt der Director der Medicinalpolizei bei der Präfectur, Hr. Trébuchet, in seinem öfters angeführten Werke, S. 364, und sagt besonders, dass nur die Apotheker (mit Ausnahme einiger alten grossen Häuser) erträgliche Geschäfte machten, welche irgend ein beliebtes Geheimmittel an sich gebracht hätten. Man wird auch nicht wohl bestreiten können, dass die Erhaltung und steigende Vervollkommenung einer solchen einmal zweckmässig angelegten Apotheke ein grosser Vortheil für das Publicum sei, und dass also das Streben der Regierungen mehr dahin gehen müsse, ihnen auch durch die Staatsgesetze grössere Dauer zu geben, als umgekehrt, sie bloss auf das Leben ihres Inhabers, noch dazu nicht das physische, sondern auf denjenigen Abschnitt desselben zu beschränken, welcher übrig bleibt, wenn die Zeit der Vorbereitung (bis zum Erwerben der Apotheke) und der eintretenden Altersschwäche davon abgezogen wird. Es leuchtet aber auch, wenn man die neuern Medicinalverordnungen in Preussen in ihrer Wirkung betrachtet, von selbst ein, dass diese in jedem Falle, wo eine concessio-

nirte Apotheke in andere Hände übergeht, mit einer competenten Auflösung derselben verbunden ist, und den bisherigen Besitzern nicht bloss die wirklich unbrauchbar gewordenen Vorräthe, Geräthschaften und technischen Apparate, sondern auch eine Menge neu angeschaffter und an sich sehr nützlicher und selbst kostbarer Dinge übrig bleiben kann, sobald nur der neue Concessionist sie unter Zustimmung seiner Beförderer sie für sich nicht nöthig findet. Das, was hier festzuhalten ist, als französisches Recht, nach welchem die Apotheken in den Provinzen, wo einst französische Gesetze eingeführt waren, beurtheilt werden sollen, besteht also darin: dass die Apotheke selbst, dieses sachliche Ganze, mit den dazu gehörigen Gebäuden, Vorräthen, technischen Apparaten und Utensilien, ganz unabhängig von dem Rechte des Gewerbsbetriebs, ein rein privatrechtliches Object bildet, welches der Verfügung seines Eigenthümers in allen Beziehungen unterworfen ist, so dass er solches zu jedem ihm beliebigen hohen oder niedrigen Preise verkaufen, verschenken, durch Testament Jemand hinterlassen, auch durch einen Fremden für seine eigne Rechnung, oder für Rechnung des Disponenten verwalten lassen kann, versteht sich, in soweit er überhaupt auch über sein Vermögen zu disponiren berechtigt ist, sodann aber unter der einzigen Bedingung, dass das Gewerbe durch einen qualificirten Pharmaceuten geführt werde.

Dieses rechtliche Verhältniss ist auch auseinandergesetzt und mit Zeugnissen der Rechtsanwälte, Aerzte und Apotheker zu Strassburg, Mannheim und Heidelberg belegt worden in der Schrift von Duden: Die rheinischen Apotheker vor den Juristen. Mannheim 1844. (Vergl. Collectiv-Recension mehrerer Schriften über die Apothekerfrage mit rechtlichen Andeutungen vom Justizrath Dr. Sommer. 1844. Abgedruckt aus dessen und J. R. Boele's Neuem Archiv für preuss. Recht und Verfahren. IX, 4.)

3) Wiederum in eine ganz andere Region, die mit dem Rechte des Apothekers an seiner Officin und selbst mit der persönlichen Befähigung zum Betrieb der Pharmacie als Gewerbe an sich gar nichts gemein hat, führen uns

die französischen und westphälischen Finanz-Einrichtungen, und die Gewerbesteuer, welche in der Weise erhoben wird, dass ein Jeder, welcher ein steuerbares Gewerbe betreibt, einen Erlaubnisschein bezahlt, welcher immer auf ein Jahr gegeben wird, ein sogenanntes Patent. In Frankreich stand die Einführung dieser Besteuerungsweise, eigentlich nur der Form der Gewerbesteuer, allerdings in innigem Zusammenhange mit der Aufhebung vieler Zunftsteinrichtungen und des Zwangsrechts vieler Handels- und Handwerkscorporationen. Viele Gewerbe wurden dadurch in der Art frei, dass sie nun von einem Jeden betrieben werden konnten, welcher nur ein Steuerpatent auf ein Jahr bezahlte, und in Ansehung dieser fielen also die alten Beschränkungen der Lehrjahre, des Meisterrechts u. dergl. hinweg. Auch würden Realprivilegien, d. h. theils solche, die gewissen Gebäuden ertheilt waren, theils diejenigen, welche in einem Rechte bestand, allen Andern den Betrieb eines gewissen Gewerbes zu verbieten (exclusive Privilegien) mit dieser Einrichtung, so wie sie in der Absicht der Gesetzgebung lag*), unverträglich gewesen sein, und das Gesetz vom 2. März 1791, welches die alten Gewerbesteuern aufhob, setzte im Art. 7. ausdrücklich fest: »Vom 1. April an soll es einem Jeden vollkommen frei stehen, jedes Gewerbe, Handwerk, Kunst, Profession, was ihm beliebt, zu betreiben; er ist aber schuldig, sich vorher mit einem Patent zu versehen, dieses nach dem beigefügten Tarif zu bezahlen, und bei dem Betriebe die bestehenden oder künftig zu erlassenden polizeilichen Vorschriften zu beobachten.« Davon waren auch die Apothe-

*) An sich liesse sich nämlich auch das Real- und selbst das exclusive Privilegium mit der Patentsteuer vereinigen, indem die Folge alsdann sein würde, dass zwar a) keiner ohne das Patent von seinem Privilegium Gebrauch machen könnte, aber auch b) das Patent keinem als einem Privilegirten gegeben werden konnte. Aber das Gesetz vom 2. März 1791 verband beide Zwecke mit einander: a) die Steuereinrichtung zu vereinfachen und Steuerreste zu verhüten, und b) Gewerbefreiheit zum allgemeinen Princip zu machen.

ker keineswegs ausgenommen, vielmehr werden sie im Art. 2. des Gesetzes ausdrücklich unter denen genannt, deren Zunftprivilegien, sie mögen Namen haben, wie sie wollen, und deren Zunftgesetze in Ansehung der Lehrjahre und des Meisterrechts, nebst den davon zu entrichtenden Gebühren, abgeschafft werden. Allein die damalige constituirende Nationalversammlung sah sehr bald ein, dass sie in diesem Puncte einen grossen Missgriff begangen habe, und schon am 14. April 1791 beschloss sie ein zweites, oben bereits angeführtes Gesetz: dass alle am 2. März (als dem Tage des ersten Gesetzes) bestehenden Statuten und Reglements, die Ausübung und Erlernung der Pharmacie betreffend, auch ferner beobachtet, und demzufolge Keinem ein Patent zu Bereitung und zum Verkauf von Medicamenten ertheilt werden solle, welcher nicht nach den bisherigen Statuten und Reglements als Apotheker geprüft und aufgenommen worden sei. Diess ist denn auch das bis jetzt geltende Recht geblieben.

Durch das Patentwesen ist also in Frankreich an den Rechten der Apotheker nichts geändert worden, und weder das Gewerbe freier geworden, als es vorher schon war, noch haben die Apotheker von der freien Verfügung über ihre Officinen, als einem Gegenstande ihres privatrechtlichen Vermögens etwas verloren. Wer die Pharmacie als Gewerbe betreiben will, muss, nach wie vor, persönlich dazu qualificirt, gelernter und approbirter Apotheker sein, und muss seine Jahrssteuer voraus bezahlen, d. i. das Patent lösen. Das ist im Grunde eine Einkommensteuer, wie auch von andern Einkünften, Besoldungen und dgl. bezahlt werden muss, und unterscheidet sich vorzüglich darin von andern ähnlichen Einrichtungen, dass sie immer auf ein Jahr im Voraus entrichtet werden muss und nicht nach dem Ertrage des Gewerbs oder Amts im einzelnen Falle, sondern nach der gesetzlich bestimmten Taxe zu zahlen ist. Wer sein Patent auf das nächste Jahr nicht löst, verzichtet von selbst auf die Befugniß, das Gewerbe zu betreiben.

4) Die Gesetze des Königreichs Westphalen sind

durchaus nicht weiter gegangen. Es ist in ihnen zwar wie in Frankreich der Satz aufgestellt worden, dass die steuerbaren Gewerbe nur vermöge eines sogenannten Patents betrieben werden können, und dass die Pharmacie ein steuerbares Gewerbe sei. Diess geschah durch die Gesetze vom 5. Aug. 1808 und vom 12. Febr. 1810 über die Einführung einer Patentsteuer, indem in dem letztern die Apotheker und Die, welche mit Apothekerwaaren handeln, unter Nr. 38. mit einer jährlichen Steuer von 6 bis 120 Fr. angesetzt sind*). Eine ausdrückliche Aufhebung der vorhandenen Realrechte der Apotheken ist nicht erfolgt, und nicht einmal bestimmt ausgesprochen, dass zum Betrieb des Apothekergeschäfts weiter nichts erforderlich sei, als die Lösung des Gewerbscheines oder Patents und die persönliche Befähigung dazu, oder dass dieses Geschäft von einem jeden für seine Person qualificirten Apotheker betrieben werden könne. Zwar findet sich in der Constitution vom 15. November 1807 Art. 11. und 12. eine allgemeine Aufhebung der Privilegien, allein es scheint nicht, dass man diese auf Apothekerprivilegien beziehen könne. Die officiële deutsche Uebersetzung lautet:

„Art. 11. Die Landstände der Provinzen, aus welchen das Königreich besteht, sowohl die allgemeinen, als die besondern, alle politische Corporationen dieser Art, und alle Privilegien besagter Corporationen, Städte und Provinzen sind aufgehoben.

Art. 12. Gleichergestalt sind alle Privilegien einzelner Personen und Familien, in so fern sie mit den Verfügungen vorstehenden Artikels unvereinbar sind, aufgehoben.“

Dass aber darunter auch Privilegien verstanden werden könnten, welche mit der politischen Verfassung des Landes in gar keinem Zusammenhange standen, wird wohl schwerlich behauptet werden. Auch das schon erwähnte Gesetz vom 3. Aug. 1808, die Einführung der Patentsteuer

*) Gesetz - Bulletin des Königreichs Westphalen von 1808, II. 274, von 1810, II. 122, 158.

betreffend, sagt von Aufhebung der Apothekerprivilegien nicht ein Wort, und das Gesetz vom 8. Jan. 1808 (Gesetz-Bulletin des Königreichs Westphalen I. 429) hebt nur die bisher bestandenen Befreiungen von Stempel-, Salz-, Ac-cise- und andern Consumptions-Steuern auf.

Mit der Patentsteuer an sich hätten auch nur die Real-Privilegien der Apotheker, sondern sogar die Verfassung und die Innungsrechte der Zünfte wohl bestehen können. Denn jene Steuereinrichtung besagte ja bloss, dass niemand das Gewerbe des Pharmaceuten betreiben (eine offene Apotheke halten) solle, welcher nicht einen Gewerbschein gelöst habe, und dazu konnten auch die Besitzer eines Realprivilegiums angehalten werden, ohne dass dieses letzte dadurch seine Kraft verlor. Sie mussten ja auch, um von ihrem Privilegium Gebrauch zu machen, ihre persönliche Tüchtigkeit erweisen, ohne dass man jemals daran gedacht hatte, desshalb ihr Privilegium für aufgehoben zu erklären. Es verhält sich damit eben so, als mit dem in einigen Ländern noch bestehenden ausschliesslichen Stimmrechte des Adels auf Landtagen. Der nicht adelige Gutsbesitzer kann alsdann von diesem an seinem Gute haftenden Rechte keinen Gebrauch machen, aber das Eigenthum seines Gutes selbst, und die Ausübung der übrigen damit verbundenen Rechte wird ihm damit nicht streitig gemacht; es ist ausser der persönlichen Qualifikation nur noch eine weitere von aussen kommende Bedingung der wirklichen Ausübung des Privilegiums, welche dieses letzte an sich eben so ungeschmälert stehen lässt, als die Patrimonial-Gerichtsbarkheit, wenn gleich der Gerichtsherr bei der Auswahl seines Gutsrichters auf diejenigen beschränkt wird, welche die gesetzlichen Prüfungen bestanden haben.

Nun ist zwar dem Gesetz über die Patentsteuer in einem spätern vom 22. Jan. 1809 (Westph. Gesetzbülletin v. 1809. I. 406) eine Deutung gegeben worden, welche zu jener Zeit schon für eine etwas gewaltsame gehalten wurde, und in welchem man nur den finanziellen Zweck erkennen wollte, sich (mit Umgehung der Stände, durch ein

blosses königl. Decret) der bedeutenden Güter und Capitalien einiger Corporationen zu bemächtigen. Es wurden also die Sätze aufgestellt, gegen welche, sowohl den einen als den andern sich die triftigsten Einwendungen hätten machen lassen :

- a) dass das Gesetz vom 5. Aug. 1808 schon an sich eine Aufhebung der Zünfte, Gewerke und Juranden (Vorstehercollegien der Innungen) in sich schliesse;
 - b) dass durch die Aufhebung dieser Corporationen die Verwaltung und sogar das Eigenthum der Güter und Capitalien derselben nur dem Staate angehören kann;
- um zu dem gewünschten Ziele zu gelangen :

Art. 4. Alle Grundstücke, Schuldverbriefungen und andere Besitzungen (*propriétés*), von welcher Beschaffenheit sie sein mögen, welche den alten Zünften und Juranden angehören, werden hierdurch als Staatseigenthum erklärt;

worauf nun weitere Bestimmungen über die Ausführung dieses finanziellen Gewaltstreiches folgen. In Ansehung der Apotheker und ihrer zunftmässigen Rechte war die dem Gesetz vom 5. Aug. 1808 um so weniger zu rechtfertigen, als man in Frankreich selbst, wo doch damals die Ansichten von Freiheit des bürgerlichen Lebens mit der schroffsten Consequenz durchgesetzt wurden *), das Collegium der Apotheker von Anwendung des Patentsteuergesetzes ausgenommen hatte.

Indessen auch die Aufhebung der Innungsrechte der Apotheker, wenn dergleichen in den verschiedenen zum Königreich Westphalen gezogenen Ländern bestanden, und also etwas aufzuheben war, würde doch die Rechte und Realprivilegien der einzelnen Apotheken nicht von selbst, von Rechts- (oder Unrechts-) wegen, nach sich gezogen haben. Sie betraf nur die corporativen Rechte und vornehmlich das Vermögen der Corporationen. Davon ist aber hier gar nicht die Rede. Hingegen ist weder in den Worten noch in dem Zwecke des Gesetzes das Geringste

*) *Périssent plutôt toutes les colonies qu'un seul principe!*

zu finden, was auf das Recht der Apotheker an ihren Officinen, und die Uebertragung desselben an Andere irgend einen Bezug gehabt hätte, und wer also ein Realprivilegium einmal besass, konnte auch dieses, nicht bloss die Officin mit Zubehör, nach eigem Gutbefinden an Andere übertragen sowohl durch Kauf, wobei der Kaufpreis von der Uebereinkunft der Parteien abhing, als durch Vermächtniss und Schenkung. Diess ist auch in der westphälischen Zeit feststehende Praxis geblieben *).

Nur eine Folge der französischen und westphälischen Gesetze ist, wenn sie auch nicht in dem Buchstaben derselben gelegen hätte, doch als in ihrem Geiste enthalten anzuerkennen, und in der That in das Leben eingetreten. Diess ist die Vernichtung aller exclusiven Gewerbsrechte. Solche monopolistische Privilegien waren allerdings mit den Grundsätzen der neuern französischen Gesetzgebung völlig unverträglich und es ist daher in Frankreich, freilich zum grossen Verderb des Wohlstands und wissenschaftlichen Geistes anerkannter Rechtssatz geworden, dass einem jeden, welcher seine Prüfungen mit allem, was dazu gehört, bestanden und geleistet hat, von der Regierung die polizeiliche Erlaubniss zum Anlegen und Betreiben einer offenen Officin gegeben werden kann. Daraus ist eine Anarchie entstanden, über welche Trébuchet (S. 361.) die bittersten Klagen führt. Die Zahl der Apotheken ist in manchen Orten so unzweckmässig vermehrt worden, und es sind eine solche Menge kleiner dürftig eingerichteter Officinen entstanden, dass die ohnehin mangelhaften Gesetze nicht ausgeführt werden können. In Westphalen suchte man dem Uebel vorzubeugen, und schon unter dem 12. Mai 1809 erging eine Ministerialverordnung: dass neue Apotheken nur angelegt werden sollten, wenn das Medicinalcollegium sich von der Nützlichkeit dieser neuen Anlage überzeugt haben würde **). Es war also, wie Sommer mit Recht sagt, in der Sache wirklich nichts

*) Sommer, Collectiv - Recension.

**) Sommer, Collectiv - Recension, S. 12. 13.

geändert, als dass etwa exclusive Privilegien der für nöthig befundenen Anlegung einer neuen Apotheke nicht entgegengestanden haben würden.

Wenn man also das französische und westphälische Recht betrachtet, so wie es bis zur Einverleibung, zum Theil Wiedervereinigung der Provinzen, die unter seiner Herrschaft standen, mit der preussischen Monarchie bestand; so dürfte es mit Grund nicht bestritten werden können.

dass nach demselben alle Inhaber von Apotheken sich als vollkommen berechtigt betrachten konnten:

- 1) nicht nur ihr Gewerbe (unter der Aufsicht des Staats) lebenslänglich fortzusetzen und durch andere gesetzlich befähigte Stellvertreter fortsetzen zu lassen; auch
- 2) über ihre Officin nebst Zubehör aller Art für sich als Ganzes von Sachen und geschieden von der Gewerbsbefugniss vollkommen frei als über ihr unbeschränktes Eigenthum zu verfügen und solche im Ganzen oder Stückweise (nur mit Ausnahme der etwa vorrätthigen Gifte) an Andere durch jeden zulässigen Rechtstitel zu übertragen; sondern auch, und dieses ist wohl die Hauptsache,
- 3) dem neuen Erwerber der Apotheke, wenn er die persönliche Qualification zur Ausübung der Pharmacie erlangt hatte, auch das Gewerbe zu übergeben, entweder kraft des derselben anklebenden Realprivilegiums oder, wenn er ein solches nicht besass, vermöge einer Resignation zu Gunsten des Erwerbers, wie solche auch in andern ähnlichen Verhältnissen als wirksam anerkannt zu werden pflegte, z. B. bei Resignationen auf geistliche Präbenden.

Daher verpflichtete sich in dem letzten Falle der Verkäufer gewöhnlich, von seiner eignen persönlichen Qualification zum Nachtheil des Erwerbers keinen Gebrauch zu machen und an dem Orte oder in dem Bezirke, über welchen die Kundschaft des übertragenen Gewerbes sich verbreitete, selbst keine neue Apotheke zu errichten,

wozu das zum Grunde liegende Princip der Gewerbfreiheit sonst vielleicht hätte benutzt werden können.

Mit allem diesen war aber dann auch

- 4) von sich selbst und ohne alle weitere Begünstigung oder auch besondere Erlaubniss der Regierung das Recht verbunden, dass die Wittve und Kinder eines Apothekenbesitzers das Gewerbe fortsetzen konnten, wenn sie nur einen qualificirten Pharmaceuten an die Spitze desselben stellten und für diesen ein Gewerbesteuer-Patent lösten.

Die Steuerbehörde hatte dabei ausser der persönlichen Qualification des Patent-Empfängers gar keine weitere Rücksicht zu nehmen, als dass nach der Ministerialverfügung vom 12. Mai 1809 die Zahl der Apotheken nicht ohne Noth vermehrt werde. Dieses letzte setzte offenbar die wenigen Apotheken, welche nicht schon von den frühern Regierungen mit Realprivilegien versehen waren, den letztern vollkommen gleich. Denn so lange die bestehenden Apotheken dem Bedürfniss des Publicums genügten, konnte ohne Unterschied, ob sie auf ein Realprivilegium oder auf eine Personalconcession gegründet waren, eine neue nicht errichtet, jede schon vorhandene aber fortgesetzt, oder auf einen Andern übertragen werden, sobald nur ein qualificirter Pharmaceut der Verwaltung vorstand, wenn er auch nicht gerade Eigenthümer derselben war.

Das ist das aus den gesetzlichen Quellen geschöpfte Recht der Länder, welche einst unter französischer oder westphälischer Herrschaft gestanden haben, in einer zwar kurzen Darstellung, wie sie dem Zweck des Archivs angemessen zu sein schien, deren weitere Begründung durch Verordnungen und wirkliche Uebung aber keiner Schwierigkeit unterworfen sein würde. In den Ländern, welche eine Zeitlang zum Grossherzogthum Berg gehörten (den ehemaligen jülich-cleve-bergischen Besitzungen des königl. baierischen Hauses), hat die Sache einen ähnlichen Gang genommen, indem auch hier zwar eine Patentsteuer eingeführt, aber sonst an der ältern kurpfälzischen Medicinal-

ordnung vom 8. Jun. 1773 *) nichts geändert worden ist. Nach dieser und den im Lande angenommenen Rechtsgrundsätzen waren die Apotheken in der Regel als realberechtigzte zu betrachten, und weder unter der Regierung des Grossherzogs Joachim (Murat 1803 bis 1805) noch unter der Verwaltung Napoleon's für seinen Neffen Louis Buonaparte (1808 bis 1813) ist darüber etwas anderes verfügt worden. Es ist also hier noch weniger an eine Aufhebung der alten Realprivilegien zu denken.

Nach gewissenhafter und sorgfältiger Prüfung der vorliegenden Rechtsverhältnisse ist es also wohl erlaubt, die Ueberzeugung auszusprechen, dass den Apothekern in den rheinischen und vormal's westphälischen Provinzen das volle Recht zustand, über das Eigenthum ihrer Apotheken mit vollkommener Freiheit zu disponiren; dass hierin die Personalconcessionirten den Realberechtigzten durchaus gleichstanden, weil der Erwerber ihrer Officinen nur dafür zu sorgen hatte, dass das Geschäft durch einen qualificirten Vorsteher geführt werde und dabei zwischen Realprivilegien und Personalconcessionen durchaus kein Unterschied obwaltete, und dass die Patentsteuer auf diese Verhältnisse an sich keinen Einfluss hatte, weil sie sich auch mit der Realität der Privilegien wohl vereinbaren liess.

Nur die Ausschliesslichkeit sowohl der Realprivilegien als der Personalconcessionen (da auch bei diesen ausschliessliche Berechtigungen nicht selten waren) muss vermöge eines allgemeineren der französisch-westphälischen Gesetzgebung zu Grunde liegenden Princip's, für aufgehoben angesehen werden.

Dieses Verhältniss der Apotheker wird noch klarer hervortreten, wenn wir es mit einigen anderen Gewerbsberechtigungen, wie sich solche in der französischen Verfassung gestaltet haben, vergleichen.

Alle diese Berechtigungen stehen gleichfalls unter der

*) Abgedruckt in der Sammlung der Medicinalgesetze und Verordnungen für das Herzogth. Jülich - Cleve - Berg. Herausgeg. von L. Neubauer. 1835. S. 10.

Gewerbsteuer, und an ein exclusives und reales Recht ist bei ihnen nicht zu denken. Dessen ungeachtet fällt aber Niemandem ein, den Inhaber einer Handlung, einer Fabrik, eines Gasthofs das Recht streitig zu machen, sein Geschäft an einen Andern, durch Kauf oder andern Titel zu übertragen, oder das sonst gesetzliche Erbrecht zu bezweifeln, obgleich auch hierbei der neue Erwerber nicht nur für seine Person ein neues Gewerbspatent lösen, sondern auch von der Regierung die polizeiliche Erlaubniss zu Führung des Geschäfts auswirken muss. Ob bei der letztern etwas mehr oder weniger in Hinsicht auf persönliche Eigenschaften gefordert wird, kann im Wesentlichen nichts ausmachen, und vielleicht gelangen wir, bei fortschreitender Entwicklung der Regierungskunst noch dahin, dass auch Kaufleute, Fabrikherren, Banquiers, Weinhändler, Speisewirthe, Buchhändler, Journal-Unternehmer u. s. w. eine Prüfung ihrer Fähigkeiten und Gesinnungen bestehen müssen, ehe sie ihr Geschäft antreten dürfen. Am nächsten stehen bereits den Apothekern nach französischen Einrichtungen die Notare. Unstreitig ist das Notariat nicht bloss ein Gewerbe, sondern ein vom Staat übertragenes Amt, in dessen Hände die wichtigsten Verhandlungen des bürgerlichen Lebens mit öffentlicher Glaubwürdigkeit gelegt sind. Es gehören dazu wissenschaftliche Vorbereitung und Uebungsjahre bei einem im Amte stehenden Notar, Prüfungen, 25-jähriges Alter, Bestellung einer beträchtlichen Caution, Leistung des Amtseides u. s. w. Gleichwohl ist das Geschäft des Notars ein reales Vermögensstück oder Besitzthum, welches von dem Notar oder seinen Erben (im Allgemeinen, nicht bloss der Wittve und Kindern) an einen jeden persönlich qualificirten Notar zu beliebigen (gewöhnlich sehr hohen) Preisen verkauft werden kann, obgleich ein Amt gewiss noch weniger Gegenstand eines Verkaufs sein kann, als eine Concession. Die Form ist freilich, wenn der Notar selbst der Verkäufer ist, eine Niederlegung zu Gunsten des Erwerbers, und wenn es seine Erben sind, eine Cession und Präsentation des neuen Notars. Der sächliche Gegenstand der Uebertragung besteht in dem

Archiv des Notars, den seit Jahrhunderten darin aufgesammelten Urkunden, welche für die Familien häufig von grosser Wichtigkeit sind, da sie als Originale der ertheilten Ausfertigungen betrachtet werden. Und doch sind die Notare nicht einmal ausschliessliche Eigenthümer dieser Urkunden, und können also nur das Recht der Aufbewahrung verkaufen und zwar nur an einen Notar desselben Orts.

Was nun von den Notaren nach französischem Recht gilt, passt auch auf die Apotheker und lässt sich in Summa dahin angeben, dass die Officin das volle und freie, vererbliche und veräusserliche Eigenthum und reale Besizthum ihres Inhabers ist, und mit dem Gewerbe an einen jeden qualificirten Erwerber übertragen werden kann.

IV.

Wenn nun, wie wir hoffen, in dem Vorstehenden das Missverständniss hinreichend nachgewiesen worden ist, welches die ehemals realberechtigten Apotheker in den preussischen Rheinlanden und dem vormaligen Königreich Westphalen zu blossen preussischen Personalconcessionirten umwandeln wollte, und wir für feststehend annehmen dürfen:

dass den französischen und westphälischen Apothekern an ihren Apotheken ein uneingeschränktes reales Recht zusteht, so wie solches jeder andere Gewerbsinhaber an seinem Etablissement besitzt, und dass dem Erwerber desselben, wenn er seine gesetzliche Qualification nachweist, die Fortsetzung des Gewerbes gebührt;

so bleiben nur noch zwei Fragen zu erörtern:

- 1) in wiefern den Apothekern von dem, was sie bisher als Recht besaßen und was man ihnen auch nicht entziehen wollte, dennoch in Folge jenes Missverständnisses durch die Verfügungen des hohen preussischen Ministeriums etwas entzogen worden ist? und
- 2) ob diese Entziehung durch die dafür angeführten

Gründe des allgemeinen Wohls gerechtfertigt worden ist?

1.

Als ausgemacht darf vorausgesetzt werden, und ist von der allgemein anerkannten und verehrten Gerechtigkeit der Könige Friedrich Wilhelm III. u. IV. gar nicht anders zu erwarten, als dass den neuen oder unter den preussischen Scepter zurückgekehrten der bisherige Rechtszustand unverkürzt erhalten werden sollte. Es ist das auch dadurch bestimmt ausgesprochen, dass das ganze Verfahren des königlichen Ministeriums gegen die rheinischen Apotheker, wie wir sie der Kürze wegen bezeichnen wollen, lediglich darauf gebaut ist, dass dieselben durch die temporär geltenden fremden Gesetze ihre früheren Realgerechtigkeiten verloren und durch die Einverleibung in den preussischen Staat nicht wieder erhalten hätten. Darin liegt offenbar, dass den rheinischen Apothekern zwar nicht mehr zugestanden sein solle, als was ihnen nach den bisher geltenden Gesetzen zukam, aber doch auf der andern Seite auch, dass man ihnen von ihrem bisherigen Rechte nichts entziehen wolle, was nicht etwa mit der allgemeinen im preussischen Staate für nothwendig erkannten Ordnung unverträglich sei. So lange es daher im preussischen Staate überhaupt noch Realprivilegien gab, bei welchen selbst die Ausschliesslichkeit nur gegen Entschädigung aufgehoben werden durfte *), so lange hatten auch die rheinischen Apotheker einen gesetzlich gegründeten Anspruch darauf, dass sie nicht den bloss persönlichen Concessionisten der für ihre Provinz gar nicht gegebenen und auf ihren Rechtszustand in dieser Hinsicht nicht anwendbaren revidirten Medicinalordnung vom 11ten October 1804 **) gleich gesetzt würden; dass ihnen vielmehr dasjenige Recht bliebe, was ihnen die französischen Gesetze gegeben hatten, und welches hauptsächlich darin

*) Ges. v. 7. Sept. 1811 über d. poliz. Verhältnisse der Gewerbe. §. 33.

**) Abgedruckt in Mannkopf's Ergänzungen u. Abänderungen des preuss. Gesetzb. II, 441.

besteht, dass die Concession nicht bloss auf das Leben und den eignen Gewerbsbetrieb des Concessionirten beschränkt ist, sondern ihm die Befugniß ertheilt, eine Officin zu errichten, welche so lange besteht, als sie durch einen Mann verwaltet wird, welcher vom Staate dazu als berechtigt anerkannt ist, und welche als reales Besitzthum ihres Inhabers seiner vollkommen freien Disposition unterworfen, und in so weit bloss von der Sache die Frage ist, dem materiellen Object der Officin nebst Zubehör und Vorräthen (s. oben II, S. 9) ganz unbedingt vererblich und verkäuflich ist. Da aber zu gleicher Zeit das Princip der Gewerbefreiheit die Folge hat, dass ein Jeder das Gewerbe des Apothekers ergreifen kann, wenn er *a)* seine persönliche Tüchtigkeit dazu erwiesen hat, und *b)* nicht die Zahl der Apotheken zum Nachtheil des Publicums vermehrt wird^{*)}: so sind die französischen und waren die westphälischen Apotheker in der That zu Realberechtigten, nur ohne exclusive Befugnisse geworden. Sie haben (und hatten) das Recht:

- 4) ihr Geschäft zeitweise an andere qualificirte Apotheker zu überlassen, und sich selbst vorübergehend oder bleibend aus demselben zurückzuziehen, wenn sie dasselbe entweder auf ihre Rechnung durch einen befähigten Provisor fortführen liessen, oder dasselbe einem solchen verpachteten, wobei man sich in Frankreich zur Zeit um die Pachtbedingungen nicht weiter kümmert; ferner

^{*)} Diess ist im französischen Gesetz nicht bestimmt ausgesprochen, wohl aber in der westphäl. Ministerialverordnung vom 12. Mai 1809, und liegt in der Natur der Sache. Denn eine das wahre Bedürfniss übersteigende Zahl von Apotheken hat die unvermeidliche Folge, dass der Gesammtvertrag zur Unterhaltung einer grössern Zahl von Familien dienen muss. Es werden dadurch nicht allein die Betriebskosten im Verhältniss zum Abwurf des Geschäfts vergrössert, daher die Taxen erhöht werden müssen, sondern es werden auch die Inhaber verhindert, diejenigen Capitalien in ihrem Geschäft zu verwenden, welche zu Vervollkommnung desselben dienen würden.

- 2) das Geschäft selbst wieder zu übernehmen, wenn das Verhältniss mit dem Provisor oder Pächter wieder aufgelöst wurde. Sie sind nicht gehindert
- 3) die Officin aufzulösen, und über die dazu gehörigen Gegenstände im Einzelnen zu disponiren, so dass das Geschäft völlig aufhört; aber auch
- 4) dieselbe durch jeden möglichen Rechtstitel, Kauf, Tausch, Schenkung, Vermächtniss u. s. w. auf Andere zu übertragen, wobei sie sich eben sowohl die Fortsetzung des Apothekergeschäfts in einer andern Apotheke*) vorbehalten, als zu Gunsten des Erwerbers auf dasselbe verzichten können; wobei
- 5) die Bedingungen, insbesondere die Bestimmung des Kaufpreises ganz dem Gutbefinden der Parteien überlassen sind. Endlich
- 6) nach dem Tode des Apothekers geht das materielle Besitzthum der Officin auch an seine gesetzlichen oder testamentarischen Erben und Legatarien über, und wenn diese Jemand finden, welcher vermöge seines Patents die Verwaltung derselben und die Verantwortung übernimmt, so lässt diess der Staat auch geschehen, ohne danach zu fragen, wie er sich deshalb mit den Erben gesetzt hat, ob er das Geschäft als Pächter oder als Provisor führt**).

Von diesen Rechten sind ihnen nun in Preussen entzogen:

*) Dieser Fall tritt gewöhnlich ein, wenn einem Apotheker mehr als eine Apotheke zufällt und er die eine veräussern muss; es kann sich aber auch aus andern Veranlassungen ergeben, z. B. wenn ein Apotheker es vorzieht, sein Geschäft in eine neu errichtete Officin zu verlegen.

**) Davon ist verschieden das Recht der Wittve, welches ihr in dem Reglement vom 25. Therm. XI. (13. Aug. 1803) Art. 41. noch überdem gegeben ist, die Officin noch ein Jahr lang durch einen blossen Eleven auf ihre Rechnung fortsetzen zu lassen, welcher nur 22 Jahre alt sein muss, von der Facultät oder Jury geprüft, und unter Aufsicht eines approbirten Pharmaceuten gestellt wird.

- 1) das Recht der Verpachtung ganz (s. oben S. 43. Ministerialverfügung vom 10. Mai 1821. Lindes' Samml. S. 482);
- 2) das Recht der Uebertragung an Andere, und damit die Wahl des Nachfolgers im Geschäft und die Verabredung der Bedingungen;
- 3) die Vererbung der Officin und das Recht der Erben auf Fortsetzung oder Uebertragung an Andere.

Wie wichtig diese drei Rechte sind, und wie tief sie in die Vermögensverhältnisse der Apotheker eingreifen, wie schmerzlich also das Gefühl sein muss, das aufgeben zu sollen, was man bisher ganz unstreitig als wohlerworbenes Recht besass, und dabei den geringen Rest der frühern Befugniss nicht dem Gesetz, sondern der Gnade eines Ministers verdanken zu müssen, welche eben so gut verweigert, als gewährt werden kann, und wie diess im Geschick aller menschlichen Dinge liegt, nicht immer dem Würdigsten zu Theil wird; alles dieses bedarf keiner weitem Auseinandersetzung. Das Gefühl wird noch schmerzlicher, wenn sich zeigt, dass die grösste Schmälerung der frühern Rechte nicht von dem Monarchen ausgegangen ist, dessen unmittelbare Allerhöchste Verfügungen doch noch viel milder waren, und welche erst in den hinzugekommenen Ministerialverordnungen einen ganz andern und viel ungünstigern Sinn erhalten haben. Und es wird endlich dadurch noch verstärkt, dass man sich des Zweifels nicht erwehren kann, ob denn der drückendste Theil dieser Verfügungen wirklich nothwendig sei oder auch nur für den höhern Zweck des ganzen Apothekerwesens einigen Nutzen verspreche. Jenem ersten Schritte, wodurch die rheinischen Apotheker aus einem offenbaren Irrthume und durch die Verwechselung der französischen Gewerbesteuerpatente mit den Approbationspatenten der königl. preuss. revid. Apothekerordnung von 1801 in die Classe der letztern versetzt wurden, hatte man, wie es scheint, nicht von Anfang an die grosse Wichtigkeit beigelegt, welche er wirklich hatte. Die Apotheken in den Rheinlanden wurden in der bisherigen Weise verkauft und sonst über-

tragen; die Gewerbsberechtigung erschien dabei nicht als besonderes Kaufsobject; es wurde für sie nichts Besonderes bezahlt und musste von dem Erwerber besonders nachgesucht werden, wurde aber auch ohne Schwierigkeit ertheilt. Die Bestimmung der Apothekerordnung von 1801. Tit. 1. §. 2. u. 3., dass keine Apotheke von andern als gelernten Apothekern besessen und von einem andern Erwerber binnen Jahresfrist an einen solchen gebracht werden müsste, war an sich zu natürlich und dem Stande der Pharmaceuten zu vortheilhaft, als dass sie des Beifalls und der Beobachtung hätte entbehren können, zumal da sie für die Familien billige Ausnahmen gestattete.

Als aber die Staatsbehörden durch die steigenden Preise auch der vermeintlichen blossen Concessions-Apotheken aufmerksam gemacht, anfangen, strenger darauf zu halten, dass diese nicht Gegenstand von Privatverträgen sein dürften, und dass ein zeitiger Inhaber derselben bloss resigniren dürfe, worauf es von der competenten Staatsbehörde abhängt, wem die erledigte Concession wieder zu verleihen sei; dass aber der resignirende Apotheker nicht das Recht habe, einen Nachfolger zu präsentiren, wenn es auch einer seiner nächsten Angehörigen sei, so hatte das königl. Ministerium schon 1824 (Lindes' Samml. S. 232) die Ansicht angenommen, dass es gar kein Bedenken habe, doch bei dem Tode eines blossen Concessionisten seiner Wittve und seinen Kindern dieselbe Begünstigung zukommen zu lassen, welche durch das Gesetz (revid. Apothekerordnung Tit. 1. §. 4. u. 5.) der Wittve und den Kindern eines Realisten zugesichert sind. Diess wurde durch die königl. Cabinetsordre vom 9. Dec. 1827 bestätigt. Merkwürdig ist dabei die Differenz, welche sich in der königl. Ordre und dem Ministerial-Erlass vom 23. Jun. 1832, wodurch sie den königl. Regierungen bekannt gemacht wird (Lindes S. 237), vorfindet. Der König sagt: »Ich autorisire Sie — in vorkommenden Fällen die — Vorschriften auch für die Hinterbliebenen eines concessionirten Apothekers in Anwendung zu bringen u. s. w.« Das königl. Ministerium aber: es sei durch die Allerh.

Cab.-Ordre autorisirt: »in dringenden Fällen die Hinterbliebenen eines concessionirten Apothekers eben so zu behandeln, als die eines privilegirten.« Der Unterschied ist sehr bedeutend. Vorkommende Fälle sind alle, welche sich in der angegebenen Weise ereignen; also alle, in welchen der Apotheker eine Wittve oder Kinder hinterlässt, ohne dass noch besondere Umstände dabei sind; dringende Fälle aber solche, wobei noch ein besonderer Umstand hinzutritt. Das königliche Wort verheisst allen Wittwen und Waisen der concessionirten Apotheker eine Begünstigung; es macht diese Begünstigung zur Regel, auf deren Anwendung alle ein Recht haben, welche sich in dem gesetzlichen Falle befinden, wenn nicht durch besondere Umstände eine Ausnahme begründet wird; das königl. Ministerium hingegen kehrt diess aber um, und macht das der Wittve und den Kindern der Concessionisten ertheilte Recht zu einer Ausnahme, welche nicht eher eintreten soll, als wenn sie dem Minister dringend erscheint. Diess ist für die Familien der Apotheker um so nachtheiliger, als der Begriff des Dringenden so ganz unbestimmt gelassen ist, und also alles in das Belieben der Behörden gestellt wird.

Indem nun als Princip festgehalten wurde, dass der Erkauf einer Apotheke und die Resignation ihres Inhabers auf seine Concession dem Käufer kein Recht gebe, dass die neue Concession ihm vor andern zu Theil werden müsse *); war es doch den königl. Regierungen auch nicht verwehrt, dem Erwerber einer Officin diese Concession zu ertheilen, und es scheint in den meisten Fällen, wenn keine besondern Gründe dagegen sprachen, wirklich geschehen zu sein. Die Ministerialverfügung vom 13. August 1842 bestätigt das ausdrücklich. Ein Grund, von diesem Verfahren abzuweichen, kam besonders in den Rheinlanden vor, indem in der oben angegebenen Weise die Er-

*) Ministerialrescript vom 31. Jul. 1824. Warnende Bekanntmachung der königl. Regierung zu Merseburg vom 23. Juli 1828. *Lindes*, S. 233. 236.

laubniss zu Errichtung neuer Apotheken doch zu leicht gegeben worden, und dadurch die Zahl der Apotheken grösser geworden war, als nöthig und zweckmässig schien, wesshalb denn bei Uebernahme einer schon vorhandenen Apotheke immer zuvörderst die Frage zu entscheiden war, ob dieselbe nicht als überflüssig zu schliessen sei. (Ministerialrescript vom 18. Sept. 1824. Lindes, S. 235.) Wenn aber die Fortsetzung genehmigt wurde, so war es allerdings dem französischen Gesetz von der einen Seite gemäss, dass derjenige, welcher auf den Grund seines Qualificationsscheins (oder Approbationspatents) ein Gewerbepatent für einen bestimmten Ort bekam, nicht gezwungen war, eine schon eingerichtete Apotheke an sich zu bringen, sondern, wie es in dem oben angeführten Ministerialrescripte vom 18. Sept. 1824 freie Wahl hatte: »von dem vorigen Besitzer der Apotheke das Haus und das vorhandene Inventarium zu kaufen, oder ihm dessen anderweiten Verkauf zu überlassen und sich das Benöthigte selbst anzuschaffen. Aber es war auf der andern Seite nicht diesem Rechte gemäss, dass die frühere Apotheke geschlossen werden musste, wenn der Besitzer das Steuerpatent nicht für sich selbst erneuern lassen wollte, sondern ihr Fortbestand war gesetzlich nicht zu hindern, sobald ein qualificirter Apotheker ihre Führung übernahm und das Steuerpatent löste.

Ob nun gleich darin, dass dieses letztere den Apotheken der Rheinprovinzen entzogen wurde, der Grund zu ihren neuern Beschwerden gelegt worden ist, und es ihnen wohl als Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit erscheinen musste, dass den fremden Gesetzen, wenn man sie zu ihrem Nachtheile für gültig und fortwirkend erklärte, dieselbe Kraft auch dann beigelegt werde, wenn sie ihnen günstig waren: so bekamen diese Beschwerden doch erst dann rechte praktische Wichtigkeit, als die neu concessionirten Apotheker häufiger von dem Rechte Gebrauch machten, ihre Officinen neu anzulegen, anstatt die alten an sich zu kaufen. Man kann sich leicht vorstellen, welche unglückliche Folgen dieses für viele Familien ohne ihr Verschulden

haben musste. Der Apotheker, welcher seine Officin unter der Herrschaft der französischen Gesetze in der Voraussetzung erkaufte, dass sein Einkaufskapital darin sicher angelegt sei, weil er sie auch wieder zu verkaufen berechtigt sei; welcher sein Geschäft mit Liebe und wissenschaftlichem Eifer betrieben und alles angewendet hatte, seine Apotheke immer besser und vollständiger einzurichten, sah sich am Abend seines Lebens des ganzen in seinem Gewerbe steckenden Vermögens beraubt. Das Ankaufskapital konnte er nicht wieder bekommen, weil sein Recht für ein bloss persönliches erklärt worden war, wofür er von einem Andern sich nichts geben lassen dürfe, sondern welches er bei dem Aufgeben seines Geschäfts ohne Ersatz an den Staat zurückgeben müsse; sein Haus behielt nur den Werth, welchen es ohne Rücksicht auf pharmaceutische Anlagen hatte, da der neue Apotheker nicht gezwungen war, ihm solches abzukaufen, und die vorhandenen Geräthschaften und Vorräthe waren, wenn der Nachfolger sie nicht freiwillig übernahm, in den meisten Fällen gewiss fast ohne Werth. So konnte ein Mann, welcher mit einem nicht unbeträchtlichen Vermögen angefangen hatte, ohne alle seine Schuld und ohne irgend einen Unglücksfall bei der grössten Geschicklichkeit und Thätigkeit in seinem Berufe nach einer Reihe von Jahren der mühsamsten Arbeit und Anstrengung sich verarmt und die Seinen unversorgt sehen. Man sage auch nicht, dass ja für die letzten durch die Gnade des Monarchen vermöge der Cabinetsordre vom 9. Dec. 1827 gesorgt sei. Die Familie, für welche ein treuer Hausvater arbeitet, besteht ja nicht immer nur in der Wittve und minorennen Kindern; die blossen Majorennität ist heut zu Tage weit entfernt, eine Versorgung oder nur deren Anfang zu sein, selbst wenn die Söhne sich durch Kenntnisse und Rechtschaffenheit auszeichnen, und die Töchter zu guten Hausfrauen erzogen sind. Auch bei den Wittwen und minderjährigen Kindern ist aber die Gnade des Monarchen lange nicht ausreichend. Es muss auch die Gnade des hohen Ministeriums, des vorragenden Rathes in Medicinal-Angelegenheiten und end-

lich noch des Medicinal-Referenten in der Provinzial-Regierung hinzutreten, um den Fall nicht bloss für einen vorkommenden, sondern auch für einen dringenden zu erklären.

Wie viel junge Männer sind aber bei dem Eintritt in ihren Beruf im Besitz der Geldmittel zum Ankauf oder doch der Einrichtung einer Apotheke? Wie Viele sind nicht genöthigt, sich diese Mittel durch Credit zu verschaffen? Das wird ihnen in dem Maasse leichter werden, als sie sich durch Kenntnisse, Geschicklichkeit und Tüchtigkeit des Charakters auszeichnen, und durch Fleiss und Redlichkeit, verbunden mit einigem Glück, können sie hoffen, nach einer Reihe von Jahren ihre Gläubiger zu befriedigen. Wenn sie aber diesen Zeitpunkt nicht erleben, oder sie durch Krankheit an der Fortsetzung ihres Geschäfts gehindert werden, so werden auch diejenigen, welche ihnen Credit gegeben haben, um das Ihrige gebracht, sie selbst aber in der Regel für ihre Lebenszeit unglücklich. Eine der hieraus entspringenden Folgen ist auch die, dass daher der jüngere Apotheker eines Theils so wenig als möglich an sein Geschäft wenden darf, und sich mit dem Unentbehrlichsten begnügen muss; andern Theils, dass er in die Versuchung geführt wird, jedes Mittel zu ergreifen, jede Speculation zu wagen, welche ihm nur Gewinn zu versprechen scheint.

Diese Folgen, deren weitere Ausmahlung eben so leicht als hier überflüssig ist, mögen sich auch bald genug gezeigt haben, und so erfolgte unter dem 8. März 1842 die königl. Cabinetsordre *), durch welche die dem neuen Apotheker bisher (und schon nach dem französischen Gesetz) völlig freistehende Wahl, demjenigen, an dessen Stelle er in der Concession tritt, entweder die bestehende Officin ganz oder theilweise abzukaufen, oder sich selbst anzuschaffen, doch wieder aufgehoben wird. Er ist nach dieser Allerhöchsten Verordnung, welche eigentlich zu Gunsten der abtretenden Apotheker gegeben ist, verpflichtet:

*) Abgedruckt im Archiv d. Pharm. XXXI. 7.

dem bisherigen Apotheker oder seinen Erben die zur Einrichtung und zum Betrieb der Officin gehörigen, noch in gutem Stande befindlichen und für den Geschäftsbetrieb brauchbaren Geräthschaften, Gefässe und Waarenvorräthe, jedoch nur in einer dem Umfange des Geschäfts angemessenen Umfange, wenn sie es verlangen, abzukaufen.

Gegenstände und Preis sollen durch eine Commission von Sachverständigen, einem von jeder Seite und einem von der Regierung ernannten, bestimmt und der Kaufpreis auf Verlangen sofort bezahlt werden. Zur Uebernahme eines Grundstücks ist der neue Apotheker nie verbunden.

Diese königl. Verordnung ist, wie gesagt, im Wesentlichen zu Gunsten der abtretenden Apotheker, ihrer Familien und Gläubiger. Sie legt nur dem neu eintretenden Apotheker die Verbindlichkeit auf, seinem Vorgänger die nöthigsten Dinge um einen billigen Preis abzunehmen, aber sie zwingt den letztern und seine Erben (worunter wohl alle verstanden werden müssen, welche auf irgend eine Weise in die Stelle des Verstorbenen treten) nicht, dem Nachfolger diese zu überlassen. Grundstücke, welche für die Apotheke eingerichtet sind, ist der Nachfolger anzunehmen nicht schuldig, aber eine freie Vereinigung darüber nicht verboten, wie diess wohl in Ansehung des Kaufpreises der Gegenstände, welche der Nachfolger übernehmen muss, in dem Sinne der Allerhöchsten Verordnung liegt.

Dieser neue Beweis der wohlwollenden landesväterlichen Fürsorge Sr. Majestät würde nur mit verehrungsvollem Danke aufzunehmen gewesen sein, indem sie unverkennbar ein Schritt war, die Realität der Apotheken an sich, wenn auch nur noch in einem sehr kleinen Umfange, wieder herzustellen. Denn es wurde darin doch anerkannt, dass das Material der Officin die unentbehrliche und in gewissem Sinne die rechtliche Grundlage des Gewerbes sei; dass eine jede einmal ordnungsmässig eingerichtete Officin auch erhalten werden müsse; und dass eine neue an ihre Stelle tretende nicht errichtet werden könne,

ohne das wesentliche Zubehör aus der frühern zu übernehmen. Wenn daneben die Befugniss der Apotheker aufrecht erhalten wurde, wie solche in der Ministerialverfügung vom 13. Aug. 1842 als observanzmässig bezeugt wird:

dass dem abgehenden Apotheker oder dessen Erben gestattet werde, seinen Nachfolger in der Concession in Vorschlag zu bringen;

so kehrte so ziemlich alles in den Stand zurück, in welchem sich die Apotheker unter dem französischen Rechte befunden hatten, und dieser war wiederum nicht sehr von demjenigen verschieden, dessen sich die Realprivilegirten in den übrigen Provinzen noch jetzt erfreuen. Es war nur dem Eigensinn oder den übertriebenen und unbilligen Anforderungen beider Theile bei dem Uebergange der Apotheken an neue Inhaber ein Ziel gesteckt.

Aber was die Huld des Monarchen hierdurch den Apothekern gegeben hat, wurde durch die Circularverfügung des hohen Ministeriums der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 13. Aug. 1842 *) wieder mehr als zurückgenommen. Nicht nur wurde den königl. Regierungen eingeschärft:

»nicht ferner, wie bisher öfters geschehen **), dem abgehenden Apotheker oder dessen Erben den Vorschlag des Nachfolgers in der Concession zu gestatten; sondern die Auswahl des letztern unter Beobachtung der in der Circularverfügung vom 13. Jul. 1840 ***) desfalls ertheilten Vorschriften nach eignem pflichtmässigen Ermessen zu treffen;«

sondern es wurde auch ein ganz neues Verfahren vorgeschrieben, durch welches jeder Antheil des abgehenden

*) Abgedruckt im Archiv XXXII. 259 bei Kruse, die Apotheker in der Rheinprovinz, 1843. Koch, das Verfahren bei Erledigung der Apotheker-Concessionen, 1844.

**) Man dürfte wohl sagen, wie es bisher als Regel beobachtet worden, und durch kein Gesetz verboten war.

***) Zu finden im Archiv XXVI. 134. Diese Verfügung gründete sich auf die königl. Cabinetsordre vom 24. Oct. 1811. Lindes, S. 4.

Apothekers an der Wahl seines Nachfolgers ganz unmöglich gemacht wurde. Jene Verfügung vom 13. Jul. 1840 schrieb nur vor, wie es zu halten sei, wenn sich zu Anlegung einer neuen Apotheke Mehrere meldeten, und worauf in einem solchen (gewiss nicht häufigem Falle) bei der Auswahl gesehen werden sollte. Jetzt aber wurde den königl. Regierungen befohlen:

»die vorkommenden Concessions - Erledigungen ohne Rücksicht darauf, dass vielleicht schon Bewerber bekannt sind, welche sie (die Regierung) für vorzugsweise berücksichtigenswerth hält, jedesmal in ihrem Amtsblatte zu publiciren, mit Bestimmung einer angemessenen Frist, in der Regel von 6 Wochen, binnen deren die Anmeldung besagter Bewerber um die neue Concession bei ihr (der Regierung) einzureichen sind.«

Diess war also eine neue Anordnung, durch welche das ganze bisherige Verhältniss der Apotheker zu ihrem Geschäft umgestürzt wurde. Die Unruhe, welche dieselbe in dem ganzen Stande erregte, das Interesse, welches auch in anderen Ländern erweckt wurde, weil man gewohnt war, Preussen in vielen Fällen zum Vorbild zu nehmen, zeigten sich in der Lebhaftigkeit, womit dieser Gegenstand, welchen man eine Lebensfrage der Apotheker nannte und welcher diess auch in der That ist, durch ganz Deutschland besprochen wurde. Die zahlreichen ihm gewidmeten Schriften bedürfen keiner Aufzählung, sie sind auch in dem Archiv besprochen worden, und dieses hat auch von allem, was ferner geschehen ist, vollständige Rechenschaft gegeben, und die Sache vielseitig beleuchtet. Der rheinische Landtag nahm sich einer Sache an, in welcher das Vermögen und die Ruhe so vieler Familien gefährdet erschien, und richtete an den König die Bitte:

dass die ministerielle Verfügung vom 13. Aug. 1842 bloss auf jene Concessionen, welche von nun an zur Anlegung neuer für die alleinige Lebensdauer der künftigen Besitzer gültiger Apotheken werden ertheilt werden, Anwendung finden möge.

Dieser mit 47 gegen 43 Stimmen beschlossene Antrag fand

auch zwar nicht in seinem ganzen Umfange, aber doch in dem Punkte Eingang, dass in dem Landtagsabschiede vom 30. Dec. 1843. §. 20. *) ausgesprochen wurde:

die Absicht der Ministerialverfügung sei keineswegs dahin gegangen, in denjenigen Bestimmungen irgend eine Aenderung herbeizuführen, welche die Ordre des Hochsel. Königs vom 9. Dec. 1827 zu Gunsten der Descendenten eines concessionirten Apothekers oder auch die Ordre Sr. Maj. des regierenden Königs vom 8. März 1842 im Falle der Wiederverleihung einer erledigten Concession an einen neuen Erwerber zu Gunsten des bisherigen Apothekers oder dessen Erben enthält.

Zugleich wurde verheissen, dass von dem Minister der Medicinal-Angelegenheiten eine neue Erörterung der Angelegenheit in ihrem ganzen Zusammenhange eingeleitet werden solle, jedoch ohne dabei das Princip, in Folge dessen die Apothekerprivilegien aufgehoben worden sind, irgend in Frage zu stellen.

Das königl. Ministerium hat aber auch diese Allerhöchste Entscheidung nur mit der Einschränkung aufgefasst, dass die qualificirten Söhne oder Enkel eines concessionirten Apothekers nicht an sich schon einen rechtlichen Anspruch auf die Beibehaltung und bezüglich Uebertragung der bisherigen Concession haben sollen, sondern dass sie nur befugt sind, um Dispensation von der öffentlichen Concurrenz der Bewerber nachzusuchen, deren Bewilligung alsdann von dem königl. Ministerium abhängig ist, wenn dasselbe die Umstände darnach angethan findet (Ministerialverfügung vom 10. Jan. 1844. Archiv, XXXVIII. S. 341.) In einem spätern Rescripte vom 16. März 1844 erklärt sich das königl. Ministerium aber weiter dahin, dass beide Allerhöchste Cabinetsordres vom 9. Dec. 1827 und 23. Dec. 1843 (§. 20. des Landtagsabschiedes) neben ein-

*) S. Uebersicht der Landtagsverhandlungen in den sämmtl. Provinzen der preuss. Monarchie im Jahre 1843. S. 126 u. 341. Archiv, XXXVIII. S. 340.

ander bestehen, indem sie von ganz verschiedenen Fällen reden, wobei überdem der ersten eine zu enge Erklärung gegeben zu werden scheint, wenn sie, in Zusammenhalt mit der revid. Apothekerordn. Tit. 1. §. 4. u. 5. nur der Wittve und den minorennen Söhnen und Töchtern des concessionirten Apothekers die königl. Begünstigung zugestehen will, und zwar so, dass der Sohn die Approbation als Apotheker vor dem Eintritt seiner Grossjährigkeit erlangen, oder die Tochter sich vor diesem Zeitpunkte an einen qualificirten Apotheker verheirathen müsse, um von jener Begünstigung Gebrauch machen zu können. Dabei lässt sich zwar nicht verkennen, einerseits, dass den Kindern der Concessionisten nicht das ganze Recht der Realprivilegirten hat eingeräumt werden sollen, namentlich nicht das Recht, die Apotheke mit dem Geschäft an einen Dritten zu verkaufen, nach §. 2. u. 3. der Apothekerordnung; andererseits aber, dass die ihnen ertheilte Begünstigung nicht auf die eigne Minderjährigkeit derjenigen Söhne oder Töchter beschränkt ist, welche kraft dieser Begünstigung die Apotheke übernehmen wollen. Da nämlich die eigne Befähigung als Apotheker überhaupt zur Besitzfähigkeit einer Apotheke erforderlich ist, so können auch die Erben eines Realberechtigten die Apotheke nicht für sich behalten, sondern sie müssen solche längstens binnen 18 Monaten auf einen qualificirten Besitzer bringen. Davon sind nur ausgenommen: *a)* die Wittve, welche, so lange sie nicht wieder heirathet, die Apotheke auf ihre Rechnung durch einen Provisor fortführen darf, und *b)* die minderjährigen Kinder bis zu ihrer Grossjährigkeit, oder bis sie entweder die Apotheke verkaufen oder ein Miterbe sich selbst zum Apotheker qualificirt (eine Miterbin einen qualificirten Apotheker heirathet) und die Apotheke übernehmen will. Dass dieses vor erlangter Grossjährigkeit des Miterben, oder der Tochter geschehen müsse, davon sagt die revid. Apothekerordnung nicht ein Wort, und es folgt vielmehr aus der Natur der Sache und dem ganzen Zusammenhange, dass die Begünstigung der auf eine Rechnung fortzusetzenden Verwaltung (anstatt des Verkaufs) der

Familie bis zur erlangten Grossjährigkeit aller Kinder, und auf die ganze Lebenszeit der nicht wieder heirathenden Wittwe, je nachdem das Eine oder das Andere früher eintritt, zu Gute kommt; dass aber dasselbe (§. 5. der revid. Apothekerordnung) auch dann hinwegfällt, wenn ein bereits grossjähriger besitzfähiger Sohn, oder eine sich an einen Apotheker verheirathende grossjährige Tochter die Apotheke übernehmen will. Die Miterben können alsdann nicht widersprechen, sondern müssen sich nach einer billigmässigen Taxe abfinden lassen.

Wenn nun nach der Cabinetsordre vom 9. Dec. 1827 den Hinterbliebenen eines concessionirten Apothekers dieselbe Begünstigung zugestanden werden soll, welche den Hinterbliebenen eines Privilegirten durch die Apothekerordnung eingeräumt ist, so könnte diess in einem doppelten Verstande genommen werden. Entweder nämlich so, dass nur die Fortführung der Apotheke durch einen Provisor der Wittve und den Kindern gestattet sein sollte; wenn aber die Wittve heirathete und sämtliche Kinder grossjährig geworden wären, die Familie gar kein weiteres Recht an dem Gewerbe behielte (denn das Eigenthum an der Substanz der Apotheke mit Zubehör bliebe ihr allerdings) und insbesondere kein Sohn oder Tochter (als auf welche neben der Wittve der Ausdruck Hinterbliebene zu beschränken wäre), die Uebernahme der Apotheke und Uebertragung der Concession verlangen könnte. Oder so, dass auch diese letzte grössere Begünstigung den Kindern eingeräumt wäre, dass der minderjährige Sohn, welcher die Pharmacie vorschriftsmässig erlernt hat, oder die minderjährige Tochter, welche sich an einen qualificirten Pharmaceuten verheirathet, die Concession des Vaters erhalten sollen. Für diese letzte Auslegung scheint zu sprechen, dass die Allerh. Cabinetsordre vom 9. Dec. 1827 ganz allgemein vorschreibt, die Hinterbliebenen eines concessionirten Apothekers nach §. 4. und 5. Tit. 1. der revidirten Apothekerordnung zu behandeln, diese aber enthält im §. 2. eine Beschränkung der Administration durch einen Fremden auf den Fall, dass ein qualificirter Sohn oder Schwieger-

sohn des vorigen Apothekers die eigne Führung der Apotheke übernehmen will, indem die Administration alsdann sogleich aufhören soll. Der Grund, welcher im Gesetze dafür angegeben wird, dass dem Staate daran gelegen sei, dass die Apotheken sich in den Händen gelernter Apotheker befinden (und zwar mit Eigenthumsrecht, denn die blosse Administration ist ja jederzeit in solchen Händen), ist auch auf die Administration der Concessions-Apotheken anwendbar, und es scheint also angenommen werden zu müssen, dass die Verwaltung durch einen Provisor auch bei ihnen aufhören soll, sobald ein qualificirter Sohn oder Schwiegersohn eintreten will, wenn auch noch Wittwen oder minderjährige Kinder des vorigen Apothekers vorhanden sind.

Bei dem hohen Staatsministerium scheint aber auch diese Bestimmung einer Einschränkung unterworfen worden zu sein, wenn es in dem Rescripte vom 16. März 1844 heisst: dass der Sohn eines Concessionisten nur dann die Concession erhalten soll, wenn er vor erreichter Grossjährigkeit die Approbation als Apotheker erlangte, oder eine Tochter sich vor erlangter Grossjährigkeit an einen qualificirten Apotheker verheirathete. Setzen wir den Fall, dass mehrere theils majorenné, theils noch minderjährige Kinder vorhanden sind, so wird doch gewiss, wenn weder ein Sohn oder ein Schwiegersohn die Apotheke übernehmen will und kann, die Administration für die Familie fortgesetzt werden müssen, bis sämmtliche Kinder grossjährig geworden sind. Warum nun aber diese nur dann aufhören soll, wenn ein minderjähriger Sohn sich zur Uebernahme qualificirt, oder warum eine Tochter nur dann die Concession ihrem qualificirten Bräutigam zubringen darf, wenn sie vor dem 24. Jahre heirathet, mit ihrem 24. Geburtstage aber dieses Recht verlieren soll, ist nicht abzu sehen. Beide bleiben doch auch nach der erlangten Grossjährigkeit Kinder ihres Vaters, welche mit den Minderjährigen gleiche Rechte haben; dem Staate aber kann nur daran gelegen sein, dass die Apotheke in redliche und geschickte Hände kommt, wobei man dem Minderjährigen

gewiss keinen Vorzug vor dem Grossjährigen zuschreiben kann. Wie alt aber die Frau Apothekerin sei, ist völlig gleichgültig, und man kann doch dem Gesetze nicht die Absicht zutrauen, die Töchter zu Heirathen zu veranlassen, wozu sie weder Neigung noch sonst vernünftige Gründe haben, ausser dass sie sich und ihren Geschwistern der Apotheke und nach §. 5. Tit. 4. der Apothekerordnung die gesetzliche Abfindung sichern wollen, welche mit der eintretenden Grossjährigkeit verloren geht.

Dagegen hat das hohe Ministerium der Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten in demselben Rescript vom 16. März 1844 auch eine sehr wichtige Erweiterung der königlichen Gnade ausgesprochen, von welcher der Landtagsabschied vom 30. Dec. 1843, nichts enthielt. Es soll nämlich die von dem Ministerium vorgeschriebene Aufforderung der Bewerber um die erledigten Concessionen vermöge einer königl. Cabinetsordre vom 23. Dec. 1843 auch alsdann wegfallen, wenn

- 1) ein concessionirter Apotheker seine Apotheke einem qualificirten Sohne oder Enkel bei Lebzeiten übergibt oder durch testamentarische Verfügung überträgt;
- 2) wenn ein qualificirter Descendent dieselbe aus dem Nachlasse übernehmen will.

Da hierdurch diese Begünstigungen auch den Grossjährigen zugestanden werden, denn den Minderjährigen waren sie schon seit 1827 gegeben, so ist diess ein neuer Beweis der wohlwollenden Gesinnungen des Monarchen, und wenngleich die Schwiegersöhne dabei nicht erwähnt werden, so kann man doch nichts anders voraussetzen, als dass ihnen doch auch von der Begünstigung, welche ihnen die königl. Ordre vom 9. Dec. 1827 ertheilt, nichts wieder entzogen werden sollte. Hinterlässt also der Apotheker eine Tochter oder Enkelin, welcher an der Majorennität nur wenige Tage fehlen, so kann sie sich die Apotheke nur dann erhalten, wenn sie diesen Zeitraum, sollte er auch noch vor dem Begräbniss zu Ende gehen, zur Verheirathung mit einem Apotheker benutzt!

Zu beklagen ist dabei nur wieder, dass die wohlthä-

tigen Absichten des Monarchen abermals nicht als eine Regel anerkannt werden, von welcher nur dann abgewichen werden kann, wenn etwa besondere Umstände eine Ausnahme nöthig machen, sondern, dass die Anwendung von der besondern Entschliessung des Ministers abhängen soll, welche dieser auch verweigern kann, ohne andern Grund als ein subjectives Ermessen. Man trägt Bedenken, dasjenige als ein Recht anzuerkennen, was doch im Allgemeinen als billig anerkannt wird, und versetzt dadurch einen ganzen zahlreichen und achtbaren Stand, eine Menge von Familien in eine peinliche Unsicherheit über ihre Zukunft.

V.

Indem wir nunmehr zu dem letzten Abschnitte dieser Betrachtungen gelangen, müssen wir vor allem von der wiederholten Anerkennung des Satzes ausgehen:

- 1) dass auch die rheinischen (westphälischen, bergischen) Apotheker sich allen den allgemeinen Bestimmungen unterwerfen müssen, welche der Staat über Erwerbsfähigkeit und Ausübung des pharmaceutischen Gewerbes und gemeinschaftlich für Realberechtigte und Concessions-Apotheken aufstellt.

Denn wenn unter den besondern Rechten der Realprivilegirten etwas wäre, was sich mit dem allgemeinen Wohl nicht vertrüge, wie das Exclusive mancher ältern Privilegien, so wäre es offenbar Pflicht der Staatsregierung, auf die Aufhebung mit billiger Entschädigung der Berechtigten hinzuwirken. Lässt man aber etwas bestehen, so erklärt man damit die Existenz an sich für möglich, oder für vereinbar mit den Aufgaben des Staats, und hat also keinen Grund, dem Einen das zu entziehen, was dem Andern gelassen wird.

Wenn nun auch unter den allgemeinen Verordnungen über das Apothekerwesen etwas wäre, dessen Nothwendigkeit oder Zweckmässigkeit bezweifelt würde, so könnte doch daraus keine besondere Beschwerde der Concessionisten gemacht werden, und sie müssen mit ihren realberechtigten Collegen der Weisheit der Regierung ver-

trauen, dass sie gerechten Wünschen das Gehör nicht versagen werde.

In diese Classe der allgemeinen Verordnungen fallen dann auch diejenigen, wodurch der Erwerb und der Besitz einer Apotheke auf die wirklichen und qualificirten Apotheker eingeschränkt ist; das Verbot der Verpachtung; die Bestimmung, dass auch die Erben eines Apothekers die Apotheke an einen qualificirten Besitzer bringen müssen etc. Dahin gehört auch die Sorge dafür, dass die Kaufpreise der Apotheken nicht durch eine gar zu grosse Concurrenz der Bewerber auf eine Höhe getrieben werde, wobei der Käufer nicht bestehen kann, in so fern dieses durch Mittel verhindert werden kann, welche nicht zu tief in die Privatrechte eingreifen, und ein solches Mittel, welches seine Wirkung nicht verfehlen kann, liegt nahe genug in der Aufsicht auf die wissenschaftliche Vorbereitung der Erwerbsfähigen.

Dagegen kann 2) der rheinische, westphälische, bergische Apotheker nicht in die Classe solcher Concessionisten gesetzt werden, deren Recht schlechterdings nicht weiter ginge als auf ihre eigene Lebenszeit. Die französische Gesetzgebung gab ihm das Recht, seine Officin an einen Jeden zu übertragen, welcher dann nichts nöthig hatte, als seine persönliche Qualification zu beweisen, um das Geschäft fortzusetzen. Denn das Steuerpatent kam dabei gar nicht in Betracht, weil es einem Jeden gegeben wurde, welcher die zu dem Gewerbe im Allgemeinen erforderlichen Bedingungen erfüllte. Dem westphälischen Apotheker kam noch zu statten, dass, da überhaupt die Zahl der Apotheken nicht ohne Noth vermehrt werden sollte, der Erwerber auch das Recht hatte, das Geschäft als ein altes schon bestehendes fortzusetzen, und dass Andere, welche neben ihm ein neues errichten wollten, erst den Beweis der Nothwendigkeit liefern und von der obern Medicinalbehörde die Erlaubniss auswirken mussten. In Frankreich war zwar das letzte nicht erforderlich, aber ein Jeder musste sich nothwendig von selbst fragen, ob neben den schon bestehenden ein neues pharmaceutisches Ge-

schäft mit Aussicht auf einen hinreichenden Ertrag unternommen werden könne, und auch da standen die alten Apotheken nach Verhältniss ihrer günstigen Lage, ihres guten Rufes und ihrer Kundschaft gegen neu zu errichtende in grossem Vortheil.

Dieses Recht der Apotheker, welches in Hinsicht auf die Officin als Sache in einem vollen privatrechtlichen Eigenthum besteht, in Ansehung der Gewerbsbefugniss aber ein Recht der Resignation oder der Präsentation genannt werden kann, je nachdem man die Concession des Erwerbers als eine Fortsetzung der vorigen oder als eine neue ansehen will *), stand aber, wie erwiesen, den rheinischen, westphälischen und bergischen Apothekern und ihren Erben und Nachfolgern ohne Unterschied unbedingt zu, und ist ihnen auch in Preussen ungeachtet des Principis, dass ihnen kein Realrecht an ihrem Geschäft oder Gewerbe zustehe, bis zu den neueren Verfügungen des hohen Ministeriums der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten in der wirklichen Praxis in der Regel ungeschmälert gelassen worden. Zwar räumt die Circularverfügung vom 13. Aug. 1842 nur ein: »es sei öfters geschehen, dass man dem abgehenden Apotheker oder seinen Erben den Vorschlag des Nachfolgers in der Concession gestattet habe;« allein die Sache spricht für sich selbst. Die erst durch diese Circularverfügung vorgeschriebene öffentliche Aufforderung der Bewerber an die erledigte (also an sich fortbestehende, nur in der Person des bisherigen Inhabers aufhörende) Concession, und die Bestimmung, dass auf den Vorschlag der bisherigen Inhaber gar keine Rücksicht mehr genommen werden, sondern die Auswahl allein von den Regierungen getroffen werden solle, wurde so sehr als etwas Neues betrachtet, dass

*) Da aber auch die Concessions-Apotheken mit in der Normalzahl begriffen sind, welche ohne besondere Gründe nicht vermehrt werden soll, und da das Eingehen derselben vermieden werden soll, so dürfte es doch richtiger sein, die Uebertragung als Resignation zu betrachten. Auf das Wesentliche der Sache hat diess jedoch keinen Einfluss.

erst durch sie die Apotheker in Unruhe und ein nicht ungegründetes Schrecken versetzt wurden. Mit dem vorherigen Stande der Dinge waren sie zufrieden, ein Beweis, dass in der wirklichen Anwendung ihnen nichts von ihren Rechten und billigen Ansprüchen entzogen worden war.

Erst durch diese Verfügung aber wurde ihre Lage wesentlich verändert und in sehr bedeutender, ihren Nahrungsstand, ihr Vermögen und die bürgerliche Existenz ihrer Familien bedrohender Weise. Denn wenn gleich durch die neueste königl. Cabinetsordre an das Ministerium den Concessions-Apothekern auch das wichtige Recht eingeräumt ist, ihre Concession selbst bei Lebzeiten einem Sohne oder Enkel zu übertragen und dem qualificirten Descendenten ein dem Erbrechte nahe kommendes Recht eingeräumt ist, so bleiben doch (ausserdem, dass auch alle jene Begünstigungen in dem einzelnen Falle von der Gunst des Ministers abhängen sollen), noch viele Fälle übrig, in welchen die Apotheker eine grosse Schmälerung der ihnen bisher zustehenden Rechte zu beklagen haben.

Wir wollen nur die wichtigsten erwähnen:

a) Nach den Gesetzen, welche man gegen den Apotheker zur Anwendung gebracht hat, und welche man also auch für ihn gelten lassen muss, konnte derselbe seine Officin mit dem ihr anklebenden Präsentationsrechte als einen Theil seines Vermögens betrachten, und alles dieses ging daher auf seine Erben ohne Unterschied über, ob sie Descendenten, Ascendenten oder Collateralen, gesetzliche oder von ihm selbst erwählte (Testamentserben) waren. Alle diese konnten nach seinem Tode über die Officin verfügen und den Nachfolger präsentiren. Nun sind doch die Wittve und die minorennen Kinder nicht allein diejenigen, für welche der Hausvater zu sorgen hat, sondern auch grossjährige Söhne, unverheirathete Töchter, Eltern und Geschwister können auch der Gegenstand ernster Sorgen sein. Ein Vater z. B., welcher seinem Sohne die Apotheke bei seinem Leben übertragen hat, soll bei einem frühen Tode desselben nicht das Recht haben, etwa einen zweiten Sohn an des ersten Stelle zu bringen, sondern

soll zusehen, wie solche an einen Fremden gegeben wird, welcher vielleicht von der alten Officin wenig oder nichts übernimmt? Ein Apotheker, welcher durch Krankheit und Unglücksfälle genöthigt ist, die eigene Verwaltung aufzugeben, soll sich nicht einen mässigen Lebensunterhalt durch einen Uebergabevertrag mit einem Andern sichern dürfen? Er darf keinem, mit welchem ihn Pflichten der Dankbarkeit verbinden, auch nicht dem nächsten Verwandten, nicht demjenigen, welchen er als Kind angenommen hat, welcher vielleicht die Stütze seines Alters gewesen ist, die Apotheke hinterlassen? Einer minderjährigen Tochter können seine Erben die Uebertragung an einen Mann nicht versagen, zu dessen Wahl sie vielleicht kein anderes Motiv hat, als seine Approbation, selbst wenn diese Wahl sonst nicht glücklich wäre; aber einer Tochter, welche vielleicht treu bei dem Vater ausgehalten hat, darf er die Apotheke für ihren künftigen Gatten nicht zuwenden, wenn sie nur einen Tag über ihr 24stes Jahr alt ist?

Dass diese Fälle nicht selten sind, und dass Apotheken weit öfter als anderes Besitzthum aus solchen Gründen übergehen, wird Niemand in Abrede stellen können. Sie werden sich noch mit einer Menge anderer vermehren lassen, in welchen es für den Stand der Apotheker sehr wichtig ist, dass das Recht der freien Verfügung über ihre Officin und der Präsentation des Nachfolgers ihnen nicht entzogen und geschmälert werde. Aber für das Allgemeine ist dieses Recht noch wichtiger, wenn man es

b) in Beziehung auf die Gläubiger betrachtet. Wie viele junge Männer sind im Stande, die Erwerbung einer Apotheke aus eignen vorrätthigen Mitteln zu bestreiten, und unter denen, welche dazu fremder Unterstützung bedürfen, werden sich verhältnissmässig immer mehr tüchtige zur Arbeitsamkeit gewöhnte junge Leute befinden, denen die Vorsehung zum Ersatz für das fehlende irdische Gut eine reichere geistige Ausstattung geschenkt hat. Sie haben wenigstens mehr Antrieb und sind der Versuchung des Nichtsthuns nicht ausgesetzt. Haben sie nun für sich und ihre Erben das Recht der Präsentation eines Andern

für ihre Concession, so finden sie auch Credit, weil sowohl bei ihrem Tode als in dem unglücklichen Falle eines Concurſes die Gläubiger in ihre Stelle treten und ihre Vorſchüsse wieder bekommen können. Man wird ſagen, dass dazu auch das Inventar der von ihnen übernommenen Apotheke, welches ſie baar bezahlen müſſen, zur Sicherheit dienen kann, weil ihr Nachfolger es wieder von ihnen oder aus ihrer Maſſe kaufen muſs, und dass die Verfügung vom 13. Aug. 1842 gerade den Zweck hat, die Erwerbungs-kosten zu vermindern. Dieses Inventar wird aber, bei dem jetzt angeordneten Verfahren in den meisten Fällen nur einen bescheidenen Theil der Kosten ausmachen, welche der neue Concessionist aufzuwenden hat. Er wird so wenig als möglich von der alten Apotheke übernehmen, und bei seinem Abgange ihm ein gleiches Schicksal bevorstehen. Bei weitem grössere Summen werden für Erwerbung und Einrichtung des Locals und Ausstattung der Officin aufgewendet werden, welche bei der nächsten Veränderung auch wieder verloren werden, wie ſie der vorige Inhaber eingebüsst hat, weil der Nachfolger Vieles anders wird haben wollen, als der Vorgänger, das neu Angeſchaffte auch auf Credit bekommen kann, während er das Alte baar bezahlen muſs. Die Einrichtung im Hause geht ohnehin verloren, wenn das letzte nicht mit verkauft wird.

Die bisherige Auseinandersetzung hat hoffentlich nachgewiesen, dass den Apothekern der rheinischen und westphälischen Provinzen nicht durch die von dem Monarchen ſelbſt gegebenen Geſetze, ſondern nur durch Miniſterialverfügungen ein wirklich bestehendes und für ſie höchſt wichtiges Recht entzogen worden iſt, und da dieses Recht den Realprivilegirten noch in einem weiteren Umfange bis jetzt gelassen iſt, ſo iſt auch klar, dass es mit einer guten Ordnung des Apothekerwesens nicht ſchlechthin unvereinbar iſt. Daher käme eigentlich nichts darauf an, ob das neue von einem hohen Miniſterium beliebte Verfahren in anderen Hinſichten vortheilhafter wäre, denn einem bloſſen Vorthelle kann kein Recht, wenigſtens nicht ohne Entſchädigung, aufgeopfert werden. Indessen möchte ſich

auch sehr bezweifeln lassen, dass die neue Einrichtung die beabsichtigten Vortheile wirklich gewähren oder überhaupt für das Ganze der Pharmacie einen überwiegenden Nutzen bringen kann. Es soll nämlich dadurch

- 1) den jungen Pharmaceuten der Erwerb der Apotheken erleichtert;
- 2) der Erwerbspreis der Apotheken im Durchschnitt herabgedrückt, und dadurch auch die Möglichkeit herbeigeführt werden, die Arzneitaxen herabzusetzen, und
- 3) dafür gesorgt werden, dass von den vorhandenen Bewerbern um eine erledigte Concessions-Apotheke immer der würdigste und bei gleicher Tüchtigkeit der Aelteste zu dem Besitz einer Apotheke gelange.

Das Erste dürfte wohl an sich gar kein Grund sein, Jemandem ein wohl erworbenes Recht zu entziehen, damit ein Anderer leichter zu einem ihm erwünschten Besitze gelange. Was würden denn die Rittergutsbesitzer dazu sagen, wenn man ihnen etwa vorhielte, dass, nachdem ihr alter Kriegsdienst dem Fürsten keinen Nutzen und keine Sicherheit mehr gewähre, folglich der Grund ihrer ursprünglichen Beleihung hinwegfalle, es jetzt nur noch darauf ankomme, ihre Güter zur Ernährung des Volkes zu benutzen. Da nun das am besten geschehen könne, wenn tüchtig gebildete Landwirthe Eigenthümer der Güter würden, diesen aber die Erwerbung derselben erleichtert werden müsste, und diese nicht zu höhern Preisen gesteigert werden dürften, so müsse ein Jeder, welcher sein Gut nicht selbst bewirthschafte, dasselbe an einen geprüften Landwirth, und zwar, da die Beleihung zuerst doch auch persönlich gewesen war, für die Taxe der nöthigen Gebäude und des Inventars abtreten. Was sie antworten würden, ist leicht zu sagen; aber ihre Antwort würde auch jedem Andern zustehen, welchem das Aufgeben eines Rechts zum Vortheil Anderer oder auch der Gesammtheit ange-sonnen würde.

Die Wichtigkeit des zweiten Grundes lässt sich nicht verkennen, und es wird von den Besitzern der Apotheken

häufig selbst eingeräumt, dass die Kaufpreise derselben über ihre natürlichen Gränzen in die Höhe getrieben worden sind. Dasselbe hat sich aber bei anderen Gegenständen des Eigenthums ergeben, wo es noch gemeinschädlichere Folgen gehabt hat, und es leidet dabei doch eigentlich Niemand einen bedeutenden Schaden ohne seine eigne Schuld, da ein Jeder sich es selbst zuzuschreiben hat, wenn er sich in unsichere Speculationen einlässt, Kaufpreise bezahlt, welche aus dem Ertrage nicht mit Sicherheit gedeckt sind, und zu dergleichen leichtsinnigen Geschäften einen leichtsinnigen Credit giebt. Das einzige gründliche Gegenmittel liegt in den Folgen dieser Speculationen selbst, und in einer Rechtspflege, welche diese Folgen hinauszuhalten nicht gestattet.

Bei den Apotheken aber giebt es noch ein doppeltes wirksames Mittel, die Preise derselben in den richtigen Gränzen zu halten, nämlich 1) die Beschränkung der Concurrenz auf Seiten der Käufer, und 2) die Vermehrung derselben auf Seiten der Verkäufer. Für das Erste wird dadurch gesorgt, dass nur gelernte Apotheker zum Erwerb einer Apotheke zugelassen werden; für das Zweite aber gerade dadurch, dass man auch die Concessions-Apotheken vermöge des Präsentationsrechts mit in den Privatverkehr kommen lässt. Die Erfahrung hat schon gelehrt, dass der Wegfall der Concessions-Apotheken aus dem Verkehr den Werth der Real-Apotheken nur noch höher getrieben hat, weil ihnen natürlich jeder einen grossen Vorzug beilegt, und sein Geld nur an ein Etablissement wenden will, welches seinen Werth auch nach seinem Tode und bei dem Aufgeben des Geschäfts behält. Wenn also den Concessions-Apotheken das Präsentationsrecht gelassen oder zurückgegeben wird, so ist die nothwendige Folge eine so grosse Vermehrung der verkäuflichen Apotheken, dass eine Verminderung der durchschnittsmässigen Preise nicht ausbleiben kann.

Diese wird dann noch mehr unterstützt werden durch eine Festsetzung der Apothekertaxen, bei welcher auf den Erwerbungspreis des Privilegiums oder der Concession

gar keine Rücksicht genommen wird. Bei den Concessions-Apotheken hat diess gar kein Bedenken, weil die Staatsregierung ohnehin nicht anerkennt, dass für die Resignation oder Präsentation etwas gegeben werden müsse oder dürfe. Wie viel bei den Realprivilegien, die meistens mit der Officin selbst und dem Hause verkauft werden, auf das Privilegium zu rechnen sei, ist nie mit voller Bestimmtheit auszumitteln, auch nicht dadurch, dass der Preis des Hauses und des realen Werthes der Officin durch Taxation festgestellt und abgezogen wird, wie in Oesterreich verordnet ist. Auf den Erwerbungspreis der einzelnen Apotheken kann ohnehin nicht gesehen werden, weil man sonst besondere Arzneitaxen für jede Officin geben müsste, und bei dem Durchschnittspreise kann nur das Nothwendige, also auch für das Privilegium nur ein Preis, wie ihn die Staatsregierung als billig festsetzen will, zum Grunde gelegt werden. Wie aber die Contrahenten denselben bei den einzelnen Uebertragungen unter sich bestimmen wollen, kann sie füglich der Klugheit und dem freien Willen der Parteien überlassen, ohne sich mit einer Bevormundung derselben zu befassen, die ohnehin fast immer ihren Zweck verfehlt. Da die Arzneitaxen für das ganze Land gleich sein müssen, so ergibt sich daraus von selbst ein so niedriger Ansatz für die Concession und das Privilegium für sich allein, dass daraus kein Hinderniss für die Berechnung der Arzneitaxen entstehen kann. Bezahlte nun Jemand mehr dafür, so ist das sein eigener Wille.

Endlich klingt es allerdings recht gut, wenn dafür gesorgt werden soll, dass jede erledigte Apotheke nicht allein dem Würdigsten derer zu Theil werden soll, welche sich zu diesem Berufe vorbereitet haben, und dass man denen, welche am längsten auf die Erreichung einer selbstständigen Stellung gehofft haben, vor andern jüngern Bewerbern dazu verhelfen will. Dem im Leben und im Geschäfte erfahrenen Manne wird aber der Glaube daran, dass auf diesem Wege der angegebene Zwecke erreicht werde, nicht gegeben werden können. Prüfungen und wiederholte Prüfungen sind ein unentbehrliches und heil-

sames Mittel in jedem Berufe Untüchtige zurückzuweisen und einen wissenschaftlichen Sinn in den Angenommenen zu wecken und zu erhalten. Aber doch besteht ihr grösster Nutzen darin, dass junge Leute, wenn sie die Gränze der Lehrjahre überschritten und ihre ersten Prüfungen nothdürftig bestanden haben, sich nicht sogleich für fertig halten und nur vom grünen Baum des Lebens die goldenen Früchte ärndten wollen. Davon werden sie abgehalten, wenn ihnen bei dem Fortschreiten in ihren Vorbereitungsstufen ein zweites und vielleicht bei der Vollendung als Bedingung der Meisterschaft noch ein drittes ernstes und auf wahre Wissenschaftlichkeit gerichtetes Examen bevorsteht. Wer genöthiget gewesen ist, noch einige Jahre nach der Zeit des Lernens von Andern sich mit eigenen Studien zu beschäftigen, wird die Neigung dazu, wenn sie einmal lebendig geworden ist, in der Regel für sein ganzes Leben behalten.

Dagegen kann sich Niemand, welcher nur einige Erfahrung besitzt, der Illusion hingeben, dass diese Prüfungen, zumal wenn sie an verschiedenen Orten und von verschiedenen Examinatoren gehalten werden, einen richtigen Maasstab für die Würdigkeit der Candidaten und die Grade derselben abgeben, und eine Rangordnung unter ihnen feststellen können. Wie viel Zufälliges dabei vorkommt, individuelle Ansichten und Liebhabereien der Examinatoren, Dreistigkeit oder Schüchternheit, und selbst vorübergehende Stimmung des Candidaten und hundert andere Ursachen der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit demselben, brauchen wir nicht weiter auseinandersetzen. Ganz Untüchtige zurückzuweisen, ganz Vorzüglichen eine Auszeichnung zukommen zu lassen, das allein kann gerechter Weise der Erfolg dieser Prüfungen sein *), und auch dabei

*) Aber, um auch nur dieses Resultat mit einiger Sicherheit zu gewinnen, muss die letzte Prüfung für den Staat, für welchen sie gelten soll, um in seinem ganzen Umfange die Qualification zu ertheilen, nicht von verschiedenen Männern, sondern von einer bleibenden und mit tüchtigen Pharmaceuten besetzten Commission vorgenommen werden. Kleinere Staaten sollten sich deshalb mit einander vereinigen,

darf man noch nicht vergessen, was in einer Beziehung schon oben bemerkt ist, dass Genauigkeit in dem rein praktischen Geschäfte, Eifer und Treue im Beruf auch den zu einem vortrefflichen Apotheker machen kann, welcher theoretisch nicht über das Nothdürftige hinausgekommen ist, dass aber auch umgekehrt ein grosser Theoretiker, ein für die Wissenschaft lebender Mann, ein sehr schlechter Apotheker werden kann. Daher wird man immer am besten thun, in das, was der eine Theil Zufall, der andere Vorsehung nennt, nicht allzutief einzugreifen, und die Wahl des Wegs, wenn es nur ein gesetzmässiger ist, auf welchem der Einzelne sein Ziel erreichen will, ihm selbst zu überlassen. Man muss nicht alle menschliche Gefühle, welche hierbei eine Stimme haben können, Neigung, Liebe, Dankbarkeit ganz durch den Verstand des Staats verdrängen wollen. Auch er bleibt in dem wirklichen Leben nur ein menschlicher, Schwachheiten und Täuschungen unterworfen.

Noch weniger aber kann der angegebene Zweck, auch unbemittelten Candidaten der Pharmacie die Erwerbung einer Officin zu erleichtern, auf dem von dem hohen Staatsministerium eingeschlagenen Wege erreicht werden. Sie sollen dem vorigen Apotheker alles Nothwendige und Brauchbare aus seiner Apotheke abkaufen und baar bezahlen. Je weniger sie von ihm annehmen, desto mehr müssen sie sonst anschaffen, ein Haus kaufen, wenigstens zum Bedarf der Apotheke einrichten, Vorräthe anschaffen. Dazu gehört selbst bei einer ausgedehnten Benutzung des Credits doch ein bedeutendes Vermögen, und die, welche damit vom Schicksal nicht begünstigt sind, bleiben nach dieser Einrichtung für ihr ganzes Leben von dem Erwerb einer Apotheke ausgeschlossen, sie mögen so tüchtig an Kenntniss und Charakter sein als sie wollen. Denn der Weg, auf welchem bisher Viele das ersehnte Ziel erreichten, einem Apotheker sich durch lange und treue Dienste zu empfehlen, ihm zur Stütze des Alters zu dienen, und es dahin zu bringen, dass ihm aus Dankbarkeit die Officin gegen eine mässige, meistens nur in leidlichen Fristen

abzuzahlende Summe überlassen oder im Testament hinterlassen werde, oder die Neigung einer Tochter zu gewinnen, wenn sie auch etwas älter wäre als 24 Jahre; alles dieses ist bei den Concessions-Apotheken gänzlich abgeschnitten. Diess wird dem ärmeren Theile der pharmaceutischen Candidaten um so fühlbarer werden, als, so weit die Erfahrung des Verfassers reicht, ein sehr grosser Theil der Apotheker ihre Officinen auf diese Weise erworben hat, und manche Apotheken durch viele Generationen hindurch von Einem auf den Andern gekommen sind.

Und man muss hinzufügen: zum Nachtheil der Pharmacie und des Publicums, was doch immer die Hauptsache bleibt. Denn gerade dadurch werden die meisten ältern Apotheker bestimmt, wenn sie selbst Liebe zu ihrem Berufe gehabt haben, sich einen Nachfolger auszusuchen, dass sie überzeugt sind, er werde ihre mit Sorgfalt gepflegte Officin mit gleichem Eifer fortführen, und ihren wohlerworbenen guten Namen zu erhalten bemüht sein. Derjenige aber, welcher in einem solchen Sinne seinen Nachfolger erwählt, wird aus jahrelanger Beobachtung gewiss über ihn ein zuverlässigeres Urtheil fällen können, als ein mit der Persönlichkeit des Mannes vielleicht ganz unbekannter Examiner. Können wir uns nun sogar die Möglichkeit nicht verbergen, dass auch bei der amtlichen Auswahl des neuen Concessionisten doch auch etwas Menschliches vorkommen könne, Gunst und Ungunst wegen persönlicher Verhältnisse, Verwandtschaft und Freundschaft, vorgefallene Zwiste, zu welchen zwischen Arzt und Apotheker so viel Veranlassungen vorhanden sind, so wird man sich kaum der Ueberzeugung erwehren, dass es für das Ganze vortheilhaft sei, den Vorschlag des Nachfolgers lieber dem bisherigen Apotheker, dessen Vortheil dabei so laut für den Bessern spricht, zu überlassen.

Endlich müssen wir zum Schluss nochmals auf einen Punct zurückkommen, welcher oben schon berührt wurde, dass nämlich in der Natur auch der Concessions-Apotheken etwas enthalten ist, was ihnen den Anspruch auf eine bleibende Existenz giebt. Wir glauben diess oben zur Genüge nachgewiesen zu haben, und es ist hier nur noch die Folge

zu erwägen, welche für das Ganze des Apothekerwesens daraus entspringt. Gewiss ist es doch von der höchsten Wichtigkeit, dass diejenigen, welchen ein für die Menschheit so wichtiges Geschäft übergeben ist, ein Geschäft, welches grosse Anstrengung und Aufopferung erfordert, ihren Beruf mit Liebe umfassen und darin ihre Zufriedenheit finden können. Von der Beruhigung, welche der Apotheker für die Zeit seines Alters und für die Versorgung seiner Familie bedarf, haben wir schon gesprochen; sie ist aber auch nöthig, um ihm seine Officin lieb zu machen, damit er sich wohl in ihr fühle und seinem Berufe mit Freudigkeit nachgehe. Dazu gehört aber auch, dass er sie als etwas Bleibendes, ihn Ueberlebendes betrachten könne, dass er, zumal wenn er durch die entschwindenden Jahre an sein Scheiden aus derselben erinnert wird, doch nicht aufhöre, für Verbesserungen thätig zu sein.

Das kann er nun nicht anders, als wenn er selbst dafür sorgen kann, dass sein Werk bei seinem Abtreten in geschickte und redliche Hände komme; er kann es nicht, wenn die Zersplitterung und Auflösung des Ganzen ihm unausbleiblich vor Augen steht. Er wäre ein Thor, etwas für die Officin anzuschaffen, was der Nachfolger vielleicht als überflüssig zurückweist; einen grössern Vorrath von Materialien und bessere zu unterhalten, als die nächste Visitation ihm zur Nothwendigkeit macht. Er darf es nicht, denn die Pflicht für die Seinigen gebietet ihm, so viel als nur möglich ist, aus der Apotheke zu ziehen, und so wenig als möglich in dieselbe zu wenden. Er wird zum Miethling in seinem eigenen Geschäft. Die Concessions-Apotheken müssen in dem sparsamsten dürftigsten Zustande erhalten werden, der nur möglich ist; und alle darüber hinausgehenden Anforderungen kann der Inhaber damit ablehnen, dass der Staat ihm nur das Geld dazu geben möge. Wie denn eine solche Stellung auf den Geist des Ganzen wirken müsse, leuchtet von selbst ein.

Freimüthig sprechen wir das Resultat dieser Beobachtungen also dahin aus:

Dass die rheinischen, westphälischen, bergischen Apotheker nach der Gesetzgebung, welche für ihre Verhältnisse normirend ist, ein wahres Recht haben, den Nachfolger für ihre Gewerbsberechtigung selbst in Vorschlag zu bringen; dass ihnen dies Recht durch die hohe Ministerialverfügung vom 43. August entzogen werden würde; und dass diese Entziehung weder durch Rechtsgründe, noch durch administrative Motive gerechtfertigt ist.